

Landtag Rheinland-Pfalz
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll 16/81

81. Sitzung

Mittwoch, den 12. November 2014

Mainz, Deutschhaus

**Bestätigung und Vereidigung von Mitgliedern der Landesregierung
gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung
für Rheinland-Pfalz** 5379

*Frau Ministerpräsidentin Dreyer gibt bekannt, dass sie gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2
der Verfassung für Rheinland-Pfalz*

Frau Doris Ahnen zur Ministerin der Finanzen,

Frau Vera Reiß zur Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur,

Herrn Prof. Dr. Gerhard Robbers zum Minister der Justiz und für Verbraucherschutz und

*Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler zur Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Demografie*

ernannt hat 5379

Sie bittet um Bestätigung

*von Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler als Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Demografie,*

von Frau Vera Reiß als Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur und

*von Herrn Universitätsprofessor Dr. Gerhard Robbers als Minister der Justiz und für
Verbraucherschutz*

gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz 5379

*Der Landtag erteilt den Vorgenannten mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der
Fraktion der CDU die nach Artikel 98 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung für Rheinland-
Pfalz zur Übernahme der Geschäfte erforderliche ausdrückliche Bestätigung* 5379

Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung 5379

Ernste politische Situation in Rheinland-Pfalz**Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 40 weiterer****Abgeordneter der Fraktion der CDU****Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags**

– Drucksache 16/4184 – 5383

*Der Antrag – Drucksache 16/4184 – wird von Frau Abg. Julia Klöckner begründet.**Der Tagesordnungspunkt ist mit der Aussprache erledigt. 5408*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Frau Ulrike Höfken, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Frau Vera Reiß, Prof. Dr. Robbers; die Staatssekretäre Clemens Hoch, Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dorothea Schäfer, Astrid Schmitt, Hedi Thelen; der Staatssekretär Dr. Thomas Gries.

Rednerverzeichnis:

Abg. Frau Klöckner, CDU:	5383
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5402
Abg. Schweitzer, SPD:	5394, 5397
Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	5379, 5380
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:	5379, 5381
Frau Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:	5380
Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:	5380
Präsident Mertes:	5378, 5379, 5380, 5383, 5394
Vizepräsident Schnabel:	5397, 5402
Vizepräsidentin Frau Klamm:	5408

81. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 12. November 2014

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich darf Sie zur 81. Plenarsitzung des Landtags begrüßen. An meiner Seite befinden sich Herr Marcus Klein und Herr Heiko Sippel, die schriffthührende Abgeordnete sind.

Wir haben Entschuldigungen der Kolleginnen Dorothea Schäfer, Astrid Schmitt und Hedi Thelen vorliegen. Ebenfalls entschuldigt ist Herr Staatssekretär Dr. Griese, der auf einer Dienstreise ist.

Neu im Landtag ist die Kollegin Jaqueline Rauschkolb. Seien Sie herzlich willkommen! Stellen Sie sich bitte einmal.

(Abg. Frau Rauschkolb, SPD, erhebt sich von ihrem Platz)

– Jawohl. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Danke schön.

Wir haben heute ganz besonders und exklusiv für Herrn Marcus Klein, der heute Geburtstag hat, diese Sitzung mit ausgerichtet, könnte man sagen.

(Beifall im Hause)

Wenn Sie Ihren Dienst hier versehen haben, dort stehen zwei Flaschen Wein, damit der Tag auch glücklich ausklingt.

Meine Damen und Herren, bei einer solchen Sitzung gibt es bestimmte Vorgänge. Einer dieser Vorgänge ist, ich habe ein Schreiben der Ministerpräsidentin vom 3. November 2014 erhalten, das ich Ihnen vorlesen möchte:

„Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit bitte ich Sie, gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz eine außerplanmäßige Sitzung des Landtags einzuberufen. Beratungsgegenstand der Sitzung soll die Bestätigung und Vereidigung von Mitgliedern der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung für Rheinland-Pfalz sein. Ich wäre dankbar, wenn die außerplanmäßige Sitzung auf Mittwoch, den 12. November 2014, terminiert werden könnte.

Ich werde Ihnen die vom Landtag zu bestätigenden und von ihm zu vereidigenden Mitglieder der Landesregierung noch schriftlich benennen.“

Das zweite Schreiben stammt vom 11. November und hat folgenden Inhalt:

„Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Schreiben vom 3. November 2014 hatte ich Sie gebeten, gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz eine außerplanmäßige Sitzung des Landtags mit dem Beratungsgegenstand Bestätigung und Vereidigung von Mitgliedern der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung für Rheinland-Pfalz einzuberufen.

Ich beabsichtige, am 12. November 2014 die bisherige Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Frau Doris Ahnen, zur Ministerin der Finanzen, Frau Staatssekretärin Vera Reiß zur Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur sowie Herrn Universitätsprofessor Dr. Gerhard Robbers zum Minister der Justiz und für Verbraucherschutz zu ernennen. Ich bitte Sie, soweit erforderlich, die Bestätigung und Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung in der Sitzung des Landtags am 12. November 2014 vorzunehmen. Herr Staatsminister Alexander Schweitzer hat angekündigt, nach seiner für den Vormittag des 12. November 2014 vorgesehenen Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz als Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zurückzutreten. Ich beabsichtige daher, Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler sodann zur Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie zu ernennen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn die Bestätigung und Vereidigung von Frau Bätzing-Lichtenthäler zusammen mit den Vorgenannten erfolgen könnte.

Wie es guter Brauch ist, bitte ich, die Sitzung des Landtags nach der Bestätigung und Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung um ca. ½ Stunde zur Durchführung einer ersten Kabinettsitzung und anschließender Ernennungen von Staatssekretären zu unterbrechen.“

Die Abgeordnete Julia Klöckner und 40 weitere Abgeordnete der Fraktion der CDU haben mit Schreiben vom 5. November ebenfalls gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz in Verbindung mit § 21 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags gebeten, eine außerplanmäßige Sitzung des Landtags einzuberufen zur Beratung des Tagesordnungspunktes „Ernste politische Situation in Rheinland-Pfalz“.

Damit habe ich Ihnen praktisch auch schon die Tagesordnung, die wir im Ältestenrat beraten haben, vorgelegt. Gibt es dazu noch weitere Hinweise? – Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich sage es Ihnen jetzt nur, damit Sie es einfach alle wissen. Wir lassen nachher die Fotografen, wenn die Frau Ministerpräsidentin mit ihrem Kabinett von der ersten Sitzung zurückgekommen ist, dann in dieses Rund ein. Sonst haben wir hier wie beim letzten Mal ein bisschen Durcheinander. Das wissen die Fotojournalisten und waren damit einverstanden. Wir haben Ihnen deshalb entsprechende technische Möglichkeiten zum Größerwerden dort hinten aufgebaut.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Bestätigung und Vereidigung von Mitgliedern der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

Das Wort dazu erteile ich Ihnen, Frau Ministerpräsidentin.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich habe meine Landesregierung umgebildet, nachdem mir Frau Staatsministerin Conrad und die Herren Staatsminister Hartloff, Dr. Kühl und Schweitzer ihren Rücktritt erklärt haben.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Gestatten Sie, dass ich, bevor ich der Ministerin und den Ministern danke, mich bei meinem langjährigen Kollegen Hendrik Hering für die vielen Jahre guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit bedanke. Hendrik Hering ist ein Politiker mit hohem fachlichem Sachverstand. Als Minister hat er wesentliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen vorgenommen, von denen die Menschen in unserem Land bis heute profitieren. Als kluger Strategie und verlässlicher Partner hat er die SPD-Fraktion geführt.

Auch Dr. Carsten Kühl bin ich dankbar für die über viele Jahre geleistete akribische und gründliche Arbeit in sicher einem der schwersten Ministerämter. Sein Ruf als hochgeschätzter Finanzexperte reicht weit über Rheinland-Pfalz hinaus.

Auch Margit Conrad und Jochen Hartloff sowie Alexander Schweitzer bin ich außerordentlich dankbar für die mit höchstem Engagement geleistete Arbeit. Ich habe mit ihnen lange Jahre im Kabinett und im Landtag eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.

Ich möchte Ihnen nun bekanntgeben, dass ich gemäß Artikel 98 Abs. 2 Satz 2 unserer Verfassung Frau Doris Ahnen zur Ministerin der Finanzen ernannt habe. Frau Vera Reiß habe ich zur Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur ernannt, Herrn Universitätsprofessor Dr. Gerhard Robbers zum Minister der Justiz und für Verbraucherschutz und Frau Sabine Bätzing-Lichtenthäler zur Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie.

Sehr verehrter Herr Präsident, ich darf Sie bitten, die Bestätigung des Ministers und der Ministerinnen herbeizuführen und die Vereidigungen vorzunehmen.

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abstimmung über die Bestätigung der neuen Mitglieder der

Landesregierung erfolgt normalerweise schlichtweg durch Aufstehen derjenigen, die sie bestätigen wollen. Gibt es andere Vorschläge? – Wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir genau diesen Vorgang jetzt einleiten. Wer die eben vorgetragenen Personen durch den Landtag bestätigen will, den bitte, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit hat die Bestätigung der Landesregierung die erforderliche Mehrheit erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind die vorgetragenen Personen bestätigt, und wir kommen nun zu dem Vorgang der Vereidigung. Die Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung erfolgt in der Reihenfolge Frau Bätzing-Lichtenthäler, Frau Reiß und Herr Dr. Robbers.

Sie müssen jetzt eine kleine Umbaupause wie beim Theater erwarten. Lieber Herr Klein, Sie müssen sich ein bisschen hier herüber orientieren. Den Stuhl nehmen wir jetzt weg. Das ist jetzt kein Vortrag zur Erweiterung des Plenargebäudes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Platz gewählt, weil die Fahne mit den demokratischen Farben dahinter hängt. Ich denke, das ist ein Platz, an dem wir gerne Personen vereidigen, die für unser Land arbeiten.

Frau Bätzing-Lichtenthäler, kommen Sie bitte zu mir.

Das ist die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz in ihrer Urschrift. Ich bitte Sie, für die Vereidigung aufstehen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Die Verfassung ist ganz historisch, und ich benutze sie deshalb immer wieder bei Vereidigungen, weil das sozusagen der Urgrund unserer gesamten Arbeit ist.

Ich darf Ihnen die Eidesformel vorlesen und auch zeigen. Sie sprechen mir dann bitte den Satz nach.

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Präsident Mertes:

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

– dass ich mein Amt unparteiisch, –

Präsident Mertes:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde.

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Mertes:

Herzlichen Glückwunsch! Ich danke Ihnen.

Frau Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Frau Reiß, wenn Sie bitte zu mir kommen. Das Gleiche noch einmal.

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Frau Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Präsident Mertes:

– dass ich mein Amt unparteiisch –

Frau Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

– dass ich mein Amt unparteiisch –

Präsident Mertes:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde.

Frau Reiß, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Mertes:

Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Herr Robbers.

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, –

Präsident Mertes:

– dass ich mein Amt unparteiisch –

Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

– dass ich mein Amt unparteiisch –

Präsident Mertes:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde.

Prof. Dr. Robbers, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

– getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohl des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Mertes:

Herzlichen Glückwunsch! Willkommen!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für die eben angesagten 30 Minuten.

Unterbrechung der Sitzung: 14:12 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14:47 Uhr.

Präsident Mertes:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beglückwünsche die neuen und natürlich auch alle anderen Mitglieder der Landesregierung. Ich wünsche, dass Sie gute Arbeit haben und Segen auf Ihrer Arbeit liegt.

Wir kommen jetzt zur Bekanntgabe durch Frau Ministerpräsidentin Dreyer. Die Sitzung zu Punkt 1 der Tagesordnung ist wieder eröffnet. – Bitte.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete! Ich habe heute neue Ministerinnen und einen neuen Minister ernannt. Damit ist unser rot-grünes Kabinett um Eveline Lemke und mich wieder komplett.

Ich danke Ihnen, sehr geehrte Herren und Damen Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlich für die Zustimmung zu meinem neuen Kabinett.

Vielen Dank.

Damit zeigt sich, Rot-Grün arbeitet in Rheinland-Pfalz nicht nur gut zusammen. Ich bin überzeugt, es gibt wenig Koalitionsregierungen in Deutschland, die so konstruktiv in der Sache für die Sache streiten, arbeiten und

(Heiterkeit der CDU)

menschlich so harmonisieren wie bei uns.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben deshalb auch eine stabile parlamentarische Mehrheit, wie es sich soeben eindrucksvoll gezeigt hat.

Eine Regierungsumbildung ist keine Regierungskrise, die Koalition steht fest auf beiden Füßen, und sie hat einen klaren Regierungsauftrag.

Als Ministerpräsidentin gehört es zu meiner Aufgabe, mein Regierungsteam so aufzustellen, wie ich es für richtig erachte, selbstverständlich im Einverständnis mit den regierungstragenden Fraktionen.

Ich erachte auch den Zeitpunkt für den richtigen. Ich bin mit Leib und Seele Ministerpräsidentin und will es auch über 2016 hinaus bleiben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Kabinettsumbildung steht also in einem größeren Rahmen und orientiert sich vor allem an der Zukunft und den dafür wichtigen Themen.

Unser Land steht gut da. Wir gehören zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Bundesländern in Deutschland. Wir haben die drittniedrigste Arbeitslosenquote. Bei uns hat Bildung Priorität – von der Qualität bis zur Gebührenfreiheit. Wir sind im Ausbau der erneuerbaren Energien Spitze. Umfragen bestätigen, dass nahezu alle Bürger und Bürgerinnen gut und gerne in Rheinland-Pfalz leben.

Mit der Regierungsmannschaft haben wir, die SPD in der Regierung, uns erneuert, uns verjüngt und für die Zukunft aufgestellt.

Ich freue mich jetzt, Ihnen meine neuen Kabinettsmitglieder vorzustellen.

Ministerin der Finanzen ist Doris Ahnen. Sie ist als erfahrenste Ministerin im Kabinett seit Jahren eine der wichtigsten Konstanten der Landespolitik und hat eine hervorragende Reputation weit über unser Land hinaus. Sie bringt alle Voraussetzungen mit, die eine gute Finanzministerin braucht. Sie ist klar, sie ist entscheidungsfähig und entscheidungsfreudig, und sie ist fachlich hoch kompetent.

Ich weiß unsere Landesfinanzen bei ihr in allerbesten Händen. Vor uns stehen große Herausforderungen bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Ich bin mir sicher, dass Doris Ahnen mit ihrer Kompetenz und ihrer guten Vernetzung auf Bundesebene unsere Interessen wirkungsvoll vertreten wird.

Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ist die bisherige Bundestagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Sie bringt wichtige bundespolitische Kompetenz ins Kabinett mit ein. Mit den Themen des Sozialressorts ist sie bestens vertraut. Sie war Drogenbeauftragte der Bundesregierung, sie war Expertin der SPD-Bundestagsfraktion für den demografischen Wandel.

Wir sind in Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland, das ein Demografieministerium hat. Es hat mit der Zuständigkeit für Arbeit, Gesundheit und Soziales wichtige Themen, die besonders von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sind.

Gerade die medizinische und pflegerische Versorgung des ländlichen Raums ist ein Schwerpunkt. Mit dem Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ unter Einführung der Pflegekammer geht die Landesregierung schon heute neue Wege, um die gesundheitliche Versorgung der Zukunft zu organisieren.

Mit dem Programm „WohnPunkt“ unterstützen wir Kommunen beim Aufbau von betreuten Wohngruppen für ältere und pflegebedürftige Senioren.

Der demografische Wandel und die veränderte Arbeitswelt bedeuten für unseren Arbeitsmarkt große Veränderungen. Die Suche nach qualifizierten Fachkräften geht über die Landesgrenzen hinaus. Gleichzeitig beobachten wir ein Bekenntnis zu den Regionen.

Wir mögen global wirtschaften, manchmal auch global handeln und denken, aber wir leben zu Hause, und die meisten Menschen verbindet die Sehnsucht nach einem sicheren Zuhause und der Wunsch, aus ihrer Region heraus Karriere, Familie und Freizeit in Einklang zu bringen.

Diesen Wunsch sehe ich als Fortschritt. Mein Anspruch ist, dass es jeder kommenden Generation ein Stückchen besser gehen soll als der Generation vor ihr.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wenn die Balance von Arbeit und Freizeit, von Kindern und Karriere, von Aufstieg und Gesundheit heute stärker im Bewusstsein der jungen Menschen ist, dann ist das ein Fortschritt, den wir nach Kräften unterstützen sollten.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die sich beruflich mit diesen Demografiethemen beschäftigt hat, vereinbart persönlich schon lange erfolgreich Familie und Beruf, das Stadt- mit dem Landleben. Die Themen sind bei ihr in besten Händen.

Die Grundlage dafür, dass Rheinland-Pfalz ein junges Land bleibt, sind die Jugendlichen, die Studierenden, die Auszubildenden, die jungen Arbeitnehmer und -nehmerinnen und die jungen Familien, die sich hier wohlfühlen und Perspektiven erhalten.

Junge und gut ausgebildete Menschen sind unsere beste Vorsorge für die Zukunft. Bildungspolitik hat deshalb höchste Priorität in Rheinland-Pfalz und für mich als Regierungschefin.

Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur ist Vera Reiß. Sie ist seit sieben Jahren Staatssekretärin im Bildungsministerium und war vorher lange Jahre in anderen Positionen im Ministerium und an der Universität Mainz tätig.

Vera Reiß wird die überaus erfolgreiche und hochgeschätzte Arbeit von Doris Ahnen mit ebenso großer Kompetenz, Leidenschaft und einem Höchstmaß an Kontinuität fortführen.

Gute Bildung – das gehört zum Markenkern dieses Landes. Das Hauptaugenmerk der Landesregierung gilt der Qualität des Unterrichts und der Unterrichtsversorgung. Wir setzen auf gute Betreuung und die Möglichkeiten zur individuellen Förderung.

Wir sind das Land der kleinen Klassen und der Ganztagschulen. Seit diesem Schuljahr hat keine Grundschulklasse mehr als 24 Schüler und Schülerinnen. Damit stehen wir bundesweit hervorragend da.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir bauen den inklusiven Unterricht weiter aus und sorgen für mehr Chancengleichheit. Seit diesem Schuljahr haben Eltern von Kindern mit Behinderung die freie Wahl zwischen dem inklusiven Unterrichtsangebot in einer Schwerpunktschule und einem Schulangebot in einer Förderschule.

Gestern haben wir mit den Kommunen eine Vereinbarung unterzeichnet, um sie beim Ausbau des inklusiven Angebots mit zusätzlichen 10 Millionen Euro zu unterstützen. Auch dies ist ein bundesweit beachteter Schritt.

Unser Bildungssystem ist und bleibt gebührenfrei. Für mich und Vera Reiß und die gesamte Landesregierung ist bildungspolitisch ganz klar: An der Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule wird nicht gerüttelt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gebührenfreiheit – das ist kein Luxus, sondern ein klares Bekenntnis zur Bedeutung von Bildung und sozialer Gerechtigkeit. Ohne Gebührenfreiheit gibt es keine Chancengleichheit.

Minister der Justiz und für Verbraucherschutz ist Herr Professor Dr. Gerhard Robbers. Er ist seit 1998 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Trier.

Durch seine langjährige Tätigkeit als Richter am Oberverwaltungsgericht und seit 2008 am Verfassungsgerichtshof des Landes ist Herr Professor Robbers ein profunder Kenner unseres Justizwesens.

Ich verbinde mit seiner Person auch das Signal an die Justiz zu einer partnerschaftlichen und fairen Zusammenarbeit. Auch der Verbraucherschutz wird ein wichtiges Thema für ihn sein.

Ich teile die Einschätzung des ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider, dass – er hat es öffentlich gesagt – mit Herrn Professor Robbers nicht nur ein profilierter Rechtswissenschaftler, sondern auch eine kluge, besonnene und in vielen gesellschaftlichen Fragen profilierte Stimme unser Kabinett bereichern wird.

Ich habe eine klare Vorstellung: Rheinland-Pfalz soll ein Land der Chancen für alle sein. In meiner bisherigen Amtszeit habe ich mit der rot-grünen Landesregierung viel umgesetzt und auf den Weg gebracht.

(Zuruf von der CDU: In den Sand gesetzt!)

Wenn ich durch das Land reise und mit Bürgern und Bürgerinnen rede, dann geht es um die besten Bildungsmöglichkeiten, um gute und sichere Arbeitsplätze, um die flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung und um eine nachhaltige Energieversorgung auf der Grundlage der erneuerbaren Energien.

Wir arbeiten für ein Klima der Offenheit und des Vertrauens, indem wir über die besten Rezepte für die Zukunft unseres Landes diskutieren und die richtigen Entscheidungen treffen. Dafür haben wir als rot-grüne Landesregierung entsprechende Strukturen geschaffen, und das Transparenzgesetz wird folgen.

Unsere Zukunftsthemen sind in der Koalitionsvereinbarung beschrieben. Besonders wichtig sind mir die weitere qualitative Verbesserung in der Bildungspolitik, Fachkräftesicherung, die medizinische und pflegerische Versorgung und die Bedeutung der Digitalisierung für Wirtschaft und Gesellschaft, die ich mit dem neuen Kabinett vorantreiben werde.

Soeben ist der Ministerrat in seiner neuen Zusammensetzung erstmalig zusammengekommen. Er hat entschieden, dass die Anordnung über die Geschäftsverteilung der Landesregierung und die Gemeinsame Geschäftsordnung geändert wird.

Neben einer bereits länger geplanten Novellierung und Modernisierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung wurden dadurch die Staatskanzlei und die Landesvertretung unter einem gemeinsamem Dach zusammengeführt.

So wird die Ministerialverwaltung gestrafft und die Anzahl der Ministerposten reduziert.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe Frau Staatssekretärin Jaqueline Kraege mit den Aufgaben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und für Digitales beauftragt.

(Baldauf, CDU: Das ist mutig!)

Sie folgt nun im Range einer Staatssekretärin auf Margit Conrad als Ministerin für Bundes und Europaangelegenheiten.

Mit ihr arbeite ich seit vielen Jahren mehr als vertrauensvoll zusammen. Durch ihre langjährige Erfahrung in der Staatskanzlei und mehreren Ressorts sind die bundes- und europapolitischen Themen bei ihr wunderbar aufgehoben.

(Licht, CDU: Oh Wunder, nicht wunderbar!)

Als Chefin der Staatskanzlei hat sie sich in den letzten zwei Jahren einen exzellenten Ruf als Kennerin der Medienpolitik erworben, auch auf dem wichtigen Zukunftsfeld „Digitalisierung“.

(Henter, CDU: Alles ist gut!)

Alle Ebenen der Politik sind gefordert, wenn es gilt, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Herrn Clemens Hoch habe ich daneben zum Staatssekretär als Chef der Staatskanzlei ernannt. Er hat als Ständiger Vertreter der Chefin der Staatskanzlei und als Abteilungsleiter die Regierungsarbeit bislang schon wesentlich koordiniert und mitgestaltet. Als ehemaliger Landtagsabgeordneter ist er für die Schnittstelle zwischen Parlament und Regierung prädestiniert. Er berät mich schon heute in vielen Fragen.

Herrn Dr. Hannes Kopf habe ich zum Staatssekretär ernannt und mit den Aufgaben des Staatssekretärs im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beauftragt.

Mit ihm konnte ich einen exzellenten Juristen und Verwaltungsfachmann gewinnen. Herr Dr. Kopf war zuletzt bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt an der Weinstraße tätig und hat davor in verschiedenen Landesministerien gearbeitet. Seine Tatkraft und Entscheidungsfreudigkeit schätze ich sehr.

Herrn Staatssekretär Professor Dr. Thomas Deufel habe ich mit den Aufgaben eines Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur beauftragt.

Er hatte die gleiche Funktion seit fünf Jahren bislang in Thüringen inne. Als Mediziner hatte er zuvor Professuren an den Universitätskliniken in Münster und Jena.

Mit ihm wird ein ebenso kluger wie leidenschaftlicher Wissenschaftspolitiker nach Mainz kommen, der mit

seiner vorausdenkenden Art die Landesregierung bereichern wird.

Auf Clemens Hoch als Ministerialdirektor und Ständiger Vertreter der Chefin der Staatskanzlei folgt Inge Degen, die bisherige Zentralabteilungsleiterin in der Staatskanzlei, als neue Ministerialdirektorin.

Unser neues Kabinett ist ein kompetentes Team aus durchsetzungsstarken Persönlichkeiten mit hoher Reputation und ausgeprägter Fachkompetenz.

Unser Land steht gut da. Wir werden gemeinsam dafür arbeiten, dass in einer sich verändernden Welt weiterhin sozialer Zusammenhalt, Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Erfolg und der nachhaltige Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen das Leben in Rheinland-Pfalz prägen.

Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit in diesem Team.

Ich bin überzeugt davon, dass wir gemeinsam in der rot-grünen Koalition unser Land weiter voranbringen werden.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Ernste politische Situation in Rheinland-Pfalz
Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und
40 weiterer Abgeordneter der Fraktion
der CDU**

**Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags**

– Drucksache 16/4184 –

Frau Klöckner, Sie haben sich gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort. Wir haben eine Grundredezeit von 45 Minuten je Fraktion mit dem entsprechenden Zuschlag für die Opposition vereinbart.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch für meine Kolleginnen und Kollegen der CDU-Landtagsfraktion möchte ich gern dem neuen Minister, den neuen Ministerinnen und den Staatssekretären herzlich zu ihrer Amtsübernahme und zu ihrer Vereidigung gratulieren. Ich wünsche Ihnen persönlich das Beste und auch die Kraft für die Erfüllung Ihres wichtigen Amtes zum Wohle unseres Landes Rheinland-Pfalz.

Herr Minister Professor Dr. Robbers, Sie sind ebenso wie Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler neu in diesem Hause. Vorhin wurde von neuen Gesichtern gesprochen; ich glaube, das Alter spielt dabei keine Rolle, weil es

zwischenhin zur Ansprache kam, sondern sicherlich die Erfahrung.

Sehr geehrter Herr Minister, ich möchte vorab sagen, wir kennen uns entfernt aus unseren Tätigkeiten für die katholische bzw. die evangelische Kirche. Als Mitglied im ZdK habe ich Ihre Arbeit als Kirchentagspräsident sehr geschätzt.

Sehr geehrte Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler, liebe Sabine, als wir im Jahr 2002 zusammen in den Deutschen Bundestag einzogen, haben wir sicherlich nicht gedacht, dass wir heute einmal in diesen unterschiedlichen Funktionen in diesem Parlament sein würden. Wie gesagt, ich wünsche Ihnen alles Gute auch von der CDU-Fraktion.

(Beifall der CDU)

Ich möchte eines in Erinnerung rufen: Vor vier Wochen hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer eine Regierungserklärung gehalten, und mit gleicher Intensität, mit gleicher Inbrunst haben die Abgeordneten von Rot-Grün damals genau das Gegenteil von dem beklatscht, was sie heute beklatscht haben. – Da muss man erst einmal mitkommen.

(Beifall der CDU –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist wahr, das stimmt!)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus unserer verfassungsgemäßen Aufgabe heraus haben wir trotz aller Freude der Minister über das neue Amt als CDU-Fraktion die Notwendigkeit gesehen, heute eine Grundsatzdebatte zu beantragen. Die Lage in diesem Land ist ernst; denn wir sind zusammen mit vielen Menschen in Rheinland-Pfalz der Auffassung, dass wir gerade die wahrscheinlich größte politische Krise in der Geschichte unseres Landes erleben müssen.

(Zurufe der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Soeben wurden vier von fünf SPD-Ministern ausgetauscht. Der Fraktionsvorsitzende musste ebenfalls gehen, weil all diese Personen für die Ministerpräsidentin nicht mehr tragbar waren. Der Abzug eines Teils der Nürburgring-Verantwortlichen ist nun das Eingeständnis dafür, dass sich die SPD mit den Nürburgring-Versprechungen über die Landtagswahl 2011 gerettet hat.

(Beifall der CDU)

Deshalb ist eines ganz klar: Man kann nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen; denn nahezu die gesamte Kabinettsmannschaft der SPD ist ausgetauscht worden. Das ist Ausdruck des Scheiterns einer gesamten Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, die Verfallsdaten Ihrer Regierungserklärung haben sich drastisch verkürzt. Ich erinnere an Ihre erste Regierungserklärung zu Ihrem Amtsan-

tritt. Frau Ministerpräsidentin, damals sagten Sie, alles sei auf gutem Wege. Bereits nur nach fünf Wochen mussten Sie sich korrigieren und einen Nachtragshaushalt von rund 120 Millionen Euro beschließen und verabschieden lassen, aber schon damals, bei Ihrem Amtsantritt, war klar, dass das Geld unter anderem für den Flughafen Hahn nicht reichen würde. Gesagt haben Sie aber überhaupt nichts davon in der Regierungserklärung. Frau Ministerpräsidentin, schon damals hatten Sie den richtigen Augenblick verpasst.

Die Zeit, in der Sie Ihre eigenen Aussagen wieder korrigieren, hat sich übrigens noch einmal verkürzt. Auf Ihren eigenen Antrag hin haben wir gerade einmal vor vier Wochen, Mitte Oktober, eine Regierungserklärung zum Nürburgring von Ihnen gehört. Eine Ihrer zentralen Aussagen war damals, Rücktrittsforderungen gegen Ihre Minister laufen ins Leere. Dafür sahen Sie damals, vor vier Wochen, keinen Grund. Es dauerte nur drei Wochen, bis auch diese Aussage nicht mehr galt, und auch dieses Mal haben Sie den richtigen Augenblick für Ihre Entscheidungen verpasst, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, bei Ihrem Amtsantritt haben Sie erklärt:

„Ich will das staatliche Handeln transparenter machen.“

Weiterhin haben Sie gesagt:

„Unsere Demokratie ist eine Sache mündiger und gut informierter Bürgerinnen und Bürger. Hier hat die Politik eine Bringschuld, sie muss sich erklären, ihre Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen nachvollziehbar machen, veröffentlichen, Barrieren abbauen, sich öffnen.“

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Frau Ministerpräsidentin, diesen Anspruch haben Sie selbst gestellt, und an diesem Anspruch müssen Sie sich nicht nur heute, sondern auch in Zukunft messen lassen. Frau Dreyer, in diesen Tagen haben Sie mehrfach erklärt, dass Sie „eine sehr klare Persönlichkeit“ seien. Aber es bestehen begründete Zweifel daran, dass Sie diesem selbst gesetzten Anspruch überhaupt gerecht werden, dem Anspruch der Klarheit, dem Anspruch der Transparenz. Es bestehen Zweifel, ob Sie das überhaupt selbst erfüllen; denn für die Kabinettsumbildung haben Sie keine sehr klaren Gründe genannt, weder vor drei Wochen noch vor zwei Wochen noch heute an dieser Stelle. Jedenfalls haben Sie keine Gründe genannt, die diese zum Teil unlogische Umwälzung rechtfertigen würden. Sie haben Mühe, Ihre Politik überhaupt nachvollziehbar zu machen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, auf Ihrer Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch wurden Sie gefragt, warum Sie nicht schon zu Beginn Ihrer Amtszeit eine kleine Kabinettsumbildung vorgenommen haben. Sie haben hierauf geantwortet, Sie hätten damals keinen Anlass dazu gesehen. Journalisten beobachteten Ihr Verhalten fol-

gendermaßen, und auch in diesem Fall zitiere ich am Beispiel von Herrn Justizminister Hartloff:

„Er habe keinerlei Fehler im Amt gemacht, betont sie als Ministerpräsidentin wiederholt. Auf die erstaunte Nachfrage während der Pressekonferenz, warum er denn gehen müsse, weiß sie keine Antwort.“ – Frau Ministerpräsidentin, Führungspersonen handeln anders, oder sie können ihr Handeln wenigstens erklären.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, dass dies bei Ihnen in einem solch wichtigen Moment nicht möglich ist, ist Ausdruck der sehr ernsten Lage, in der sich unser Land befindet. Ihre Sprachlosigkeit lähmt die Regierung und damit die gute Zukunft unseres Landes Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Es gibt einen weiteren Widerspruch in Ihren Aussagen. Sie haben gesagt, der Rechnungshofbericht zum Nürburgring habe für Sie „keine neuen Tatsachen“ enthalten.

Wenn dieser Bericht für Sie wirklich keine neuen Tatsachen enthielt, dann stellt sich allerdings die Frage, warum Sie dennoch das gesamte Kabinett Ihres Vorgängers einschließlich aller Nürburgringverantwortlichen bei Regierungsantritt überhaupt erst komplett übernommen haben, wenn Ihnen alles aus dem Rechnungshofbericht damals schon klar war, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall der CDU)

Haben Sie etwa gehofft, dass das Thema niemanden mehr interessieren würde und es allmählich in Vergessenheit geraten würde? Frau Ministerpräsidentin, das hat nichts mit klarem Denken und mit transparentem Handeln zu tun. Das hat vor allen Dingen nichts mit dem von Ihnen selbst gesetzten Anspruch der Nachvollziehbarkeit zu tun.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, warum haben Sie denn nicht wenigstens zeitnah nach Erscheinen des Rechnungshofberichtes Ihr Kabinett umgebildet? Monate vor seiner Veröffentlichung hat Ihnen doch der Rechnungshofbericht vorgelegen, damit Sie Stellung beziehen konnten. Sie hatten also monatelang vorher die Unterlagen. Sie wussten monatelang vorher, was in diesem Rechnungshofbericht stand. Trotzdem haben Sie wieder nicht entschieden. Trotzdem haben Sie wieder abgewartet.

Noch vor vier Wochen haben Sie auf unsere Forderung hin im Landtag gesagt: „Rücktrittsforderungen laufen ins Leere.“ Applaus bei diesen Abgeordneten, die heute aber wiederum der Umbildung applaudiert haben. So viel Flexibilität muss man sich erst einmal trauen.

(Beifall der CDU)

Vor drei Wochen haben Sie in einem Interview noch eine Vertrauenserklärung abgegeben. Ich zitiere: „Beide (...) Kollegen“ – gemeint waren Herr Hering und Herr Kühl –

„sind in ihrem Amt; sie üben es auch sehr gut aus. (...) Unter Befreiungsschlägen versteht jeder Politiker und jede Politikerin etwas anderes. Ich persönlich halte nichts davon, dass man politische Verantwortung nur durch Rücktritte und angeblich erforderliche Rücktritte durchführen kann.“

Nur eine Woche nach dieser Erklärung haben Sie dann schon Herrn Professor Robbers und Frau Bätzing-Lichtenthäler gefragt, ob sie in Ihr Kabinett eintreten möchten. Das haben beide zumindest freimütig in Interviews bekannt.

Wieder eine Woche später sagten Sie dem SWR – ich zitiere –: „Wenn ich den Eindruck habe, dass zur Klarheit nicht nur inhaltliche Änderungen, strukturelle Änderungen gehören, sondern auch personelle Veränderungen, dann geh' ich diesen Weg auch.“

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, was hat sich eigentlich in diesen wenigen Wochen, von denen zwei in den Herbstferien lagen, in der Sache für Sie geändert? Diesen Widerspruch haben Sie bis heute weder dem Parlament, ich glaube auch nicht allen Ihren Abgeordneten, geschweige denn den Bürgern in diesem Land erklären können.

(Beifall der CDU)

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, der Nürburgring ist inzwischen in die Hände eines russischen Oligarchen gefallen, obwohl Sie persönlich und die SPD versprochen hatten, das würde niemals geschehen.

Sie weisen das als Grund aber weit von sich, weil Sie mit allem nichts zu tun hätten, wie Sie immer wieder betonen.

Eines kann ich Ihnen heute schon versprechen: Das Thema werden wir an anderer Stelle – nicht heute – noch näher zu beleuchten haben.

In Ihrer Pressekonferenz in der vergangenen Woche haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, gesagt, es sei ein „Erkenntnisprozess“ gewesen, Sie hätten „gründlich abgewogen“. Was genau ist Ihre Erkenntnis, die Sie jedoch bisher überhaupt nicht überzeugend zum Ausdruck bringen konnten?

Sie, die rot-grüne Regierung und die regierungstragenden Parteien, sprechen seit Tagen wie in einem Eigenmantra und in einer Autosuggestion von Erneuerung im Amt, von einem Neuanfang. Ich kann Ihnen sagen, das ist nicht glaubwürdig; denn das Land, die Bürger, haben den Moment Ihrer Erkenntnis verpasst, als Sie die angeblich starke SPD-Mannschaft dann plötzlich nicht mehr für zukunftsfähig hielten. Das ging unter bei all den Durchhalteansagen, die Sie immer und immer wieder gegen unsere Forderungen hervorgebracht haben.

Wer einen ehrlichen Neuanfang will, der muss auch zur rechten Zeit ehrlich mit der Vergangenheit und der Gegenwart umgehen können. Das haben Sie bis heute nicht getan.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, es geht nun wirklich nicht darum, jedes Ihrer Worte auf die Goldwaage zu legen. Aber wenn wir uns Ihre unterschiedlichen Aussagen, die wir ernst nehmen sollen, die auch nachlesbar sind, die auch beklatscht worden sind, wenn wir uns also diese unterschiedlichsten Aussagen innerhalb kürzester Zeit einmal anschauen, dann passt am Ende nichts wirklich zusammen. Frau Ministerpräsidentin, das, was Sie machen, hat nichts zu tun mit klarem Denken und transparentem Handeln. Sie werden Ihrem selbst gesetzten Anspruch überhaupt nicht gerecht hier in diesem Haus.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, klar geworden ist doch durch das Gutachten des Landesrechnungshofes, dass es eine gemeinsame Verantwortung der Landesregierung für das Nürburgringdebakel gibt. Ein einzelner Minister hätte das doch gar nicht bewerkstelligen können. Statt sich zu dieser Gesamtverantwortung der Landesregierung zu bekennen, verweisen Sie in diesen Tagen immer wieder auf das sogenannte Ressortprinzip. Ihrer Auffassung nach wurde – ich zitiere – „politische Verantwortung“ übernommen „aufgrund des Ressortprinzips“. Das würde ausreichen.

Frau Ministerpräsidentin, was wollen Sie aber eigentlich mit dem ständigen Bezug auf das Ressortprinzip erreichen? Das Verschieben der gemeinsamen Verantwortung auf Einzelne? Das waren aber Kabinettsentscheidungen. Der gesamte Ministerrat hat dafür die Hand gehoben. Und haben nicht auch Sie, Frau Ministerpräsidentin, im Kabinett dem Projekt zugestimmt? Anderslautende Verhaltensweisen liegen uns nicht vor.

Wenn nicht für solche Entscheidungen, für welche Entscheidungen denn dann trifft sich der Ministerrat einmal in der Woche, Frau Ministerpräsidentin? Alle Entscheidungen, die zur verhängnisvollen Entwicklung am Nürburgring geführt haben, fielen entweder in der Staatskanzlei oder sind gemeinsam im gesamten Kabinett getroffen worden. Keine einzige Entscheidung wurde von einem einzelnen Minister alleine verantwortet.

Nur durch ein weiteres Zusammenwirken konnte nach dem Weggang vom damaligen Minister Professor Dr. Deubel die fatale Auflage des Nürburgringprojektes überhaupt erst wieder ihren Lauf nehmen. Es lag eben nicht an der Fehlentscheidung eines Einzelnen. Mit dem Wissen über die ersten Schritte waren Sie alle im Kabinett, auch Sie, Frau Ministerpräsidentin, vorgewarnt und alles andere als ahnungslos, als Sie das zweite Mal die Hand gehoben haben.

(Beifall der CDU)

Bei der Übernahme der Verantwortung für das Scheitern verweisen Sie jedoch auf das Ressortprinzip. Endgültig bricht aber die Argumentation zusammen, wenn man liest, welche Begründung Herr Hering für seinen Rücktritt nennt. Er sagt – ich zitiere –: „Ich bin aus dem Gesamtinteresse eines künftigen Wahlerfolges zurückgetreten.“ Er ist nicht aus Interesse und Sorge um das Wohl des Landes zurückgetreten, sondern aus Sorge um das

Wohl der SPD in diesem Land. Deshalb ist er zurückgetreten.

(Frau Elsner, SPD: Ja, so etwas Komisches!)

Also auch hier ist wenig Einsicht vorhanden, überhaupt selbst Fehler gemacht zu haben. Das hat wenig mit klarem Denken und transparentem Handeln zu tun, Frau Ministerpräsidentin.

Weiter haben Sie in der Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch gesagt: Die Minister, die jetzt gehen, haben – Zitat – „nach besten Wissen und Gewissen“ gehandelt. Sie haben „abgesicherte fundierte Entscheidungen“ getroffen sowie „beste Absichten“ gehabt. Andere der von Ihnen entlassenen Minister waren für Sie „geschätzte und gute Ratgeber“. Es gebe keinerlei Zusammenhänge mit einer Unzufriedenheit in ihrer Arbeit.

Herr Hering hat dies ergänzt. Er sagte – ich zitiere –: „Wir mussten feststellen, dass wir wegen des Nürburgrings mit wichtigen Zukunftsthemen (...) nicht mehr durchdrangen.“ Frau Ministerpräsidentin, wenn aber alle nach besten Wissen und Gewissen gehandelt haben, wenn aber die Entscheidungen abgesichert und fundiert waren, wenn aber die Ministerpräsidentin mit niemandem unzufrieden war, wenn aber die Minister, die jetzt gehen müssen, geschätzte Ratgeber von Ihnen waren und wenn es keine Fehler in der Verantwortung gab und wenn das einzige Problem also war, dass man mit Themen nicht mehr durchdrang, dann frage ich Sie: Warum haben Sie nicht einfach Ihre Pressestellen ausgetauscht?

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie machen die größte Regierungs- und Kabinettssumwälzung in der Geschichte dieses Landes, nur weil Sie mit Ihrer Kommunikation nicht mehr durchdringen konnten.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, das sieht nicht nach Führungsperson aus. Das wirkt hilflos und kopflos. Sind also all diese Personalentscheidungen nicht sachlich, sondern nur taktisch veranlasst? Was muss sich überhaupt jemand denken, der aus der Zeitung erfahren hat, dass er seinen Posten verliert, wenn Sie heute hier sagen, Sie hätten eine harmonische Stimmung untereinander? Das ist schon gewagt, sehr gewagt.

(Beifall der CDU)

Im Juni 2014 hieß es in einer bundesweit erscheinenden Wirtschaftszeitung – ich zitiere –: „In Rheinland-Pfalz regieren Inkompetenz und Größenwahn (...) Rot-Grün in Mainz präsentiert sich derzeit als dilettantischste Landesregierung der Republik.“

(Pörksen, SPD: WirtschaftsWoche, ja, ja!)

Glauben Sie, solche Schlagzeilen sind nur das Ergebnis schlechter Kommunikation, Frau Dreyer?

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Frau Ministerpräsidentin, es geht weiter. Sie sprechen gerne von „Einschnitt und Zäsur“. Ihre Kabinettssumwälzung sei eine „Zäsur“, sagten Sie. Wissen Sie noch, was Sie zu Ihrem Amtsantritt 2013 schon einmal gesagt haben? Sie sprachen von „Zäsur“. Damals, ein Jahr nach der Insolvenz des Rings sagten Sie – Zitat –: „Am Nürburgring ist im vergangenen Jahr eine Zäsur eingetreten. (...) Der Sanierungsführer arbeitet nun mit großer Stringenz, Klarheit und Offenheit daran, die Grundlagen für die Zukunft des Nürburgrings zu schaffen. (...)“

Frau Ministerpräsidentin, was verstehen Sie eigentlich unter „Zäsur“? Früher wollten Herr Lewentz und Sie weder russische noch arabische Investoren am Nürburgring. Dann kommt die Zäsur. Was vorher galt, gilt heute nicht mehr. Sie verfolgen auf einmal das Gegenteil mit großem Wohlwollen.

Frau Ministerpräsidentin, das ist wirklich eine Zäsur. Aber dazu haben wir heute wieder nichts von Ihnen gehört. Schon wieder haben Sie den Zeitpunkt verpasst.

(Beifall der CDU)

Nicht erklärt haben Sie auch, warum Sie sich von dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hering, und dem ehemaligen Minister, Herrn Dr. Kühl, trennen, gleichzeitig aber an anderen Personen festhalten, die ebenfalls am Nürburgring beteiligt waren. Das hat wenig mit Transparenz und Klarheit zu tun. Vor allen Dingen hat es nichts mit Ihrem selbst gesteckten Anspruch zu tun. Wenn Frau Conrad und Herr Hartloff inklusive Staatssekretäre aufgrund des Ressortprinzips und wegen einer Zäsur mit Blick auf den Nürburgring gehen mussten, weshalb sind dann die anderen noch im Amt? Warum trennen Sie sich von den Herren Kühl und Hering, halten aber gerade an Minister Lewentz fest, der den Nürburgring, den Hahn und Zweibrücken in seiner Zuständigkeit hat?

(Beifall der CDU –
Zurufe der Abg. Pörksen, SPD, und Licht, CDU)

Vielleicht helfen die Zitate weiter.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gesagt, Herr Lewentz sei ein sehr guter Minister.

(Staatsminister Lewentz: Ja!)

Die Weichen seien bei seinem Amtsantritt bereits gestellt gewesen, sprich, als Herr Lewentz ins Amt kam, sagten Sie, wären alle Fehler bereits gemacht gewesen, er, Herr Lewentz, habe nichts mehr ausrichten können.

Herr Minister Lewentz selbst hat dagegen gerade nicht von Fehlern gesprochen, die angeblich bereits gemacht waren, als er ins Amt kam. Er nahm noch nicht einmal das Wort „Fehler“ überhaupt in den Mund.

Erst kürzlich hat er im Innenausschuss zum Zukunftskonzept für den Nürburgring gesagt – ich zitiere Herrn Lewentz –: „Ich sehe keine Alternative zu der Vorgehensweise (...)“.

Noch im Oktober dieses Jahres leugnete er also, dass überhaupt Fehler gemacht worden sind. Wie passt das überhaupt zu Ihrer Aussage, Frau Ministerpräsidentin, dass schon alle Fehler vorher gemacht worden seien, wenn er noch nicht einmal akzeptiert, dass es überhaupt Fehler gegeben hat? Eine bessere Absprache wäre hier sicherlich von Vorteil.

(Beifall der CDU)

Mehr noch, Ihr Minister, an dem Sie festhalten, war auch in eigener Verantwortung am Scheitern des Nürburgrings beteiligt:

1. beim Beihilfeverfahren,
2. bei der Insolvenz und
3. als für die Jahre 2010 und 2011 keine testierten Jahresabschlüsse vorgelegt wurden in seiner Verantwortung.

Ich möchte hier näher auf diese drei Punkte eingehen, weil sie heute Relevanz haben. Frau Ministerpräsidentin, ich bin mir sicher, diese Punkte werden auch in der Zukunft Relevanz haben. Wir werden hier ganz gewiss noch einmal darüber reden.

(Frau Elsner, SPD: Ja, klar, immer!)

Zum Beihilfeverfahren: Das Beihilfeverfahren gegenüber der Europäischen Kommission trägt die Handschrift von Herrn Minister Lewentz. Als im Mai 2011 die Landesregierung die Stellungnahme zum Fragenkatalog der EU-Kommission abgab, bestätigte sein Sprecher, dass der Minister – ich zitiere – „keine Wettbewerbsverletzung bei dem umstrittenen Freizeitpark an der Eifelstrecke sah.“ Das ist ein Zitat des Sprechers.

Im September 2011 bestätigte dann Herr Lewentz im Innenausschuss – Zitat – „Die Landesregierung (...) gehe davon aus, die Angelegenheit EU-konform zum Abschluss gebracht zu haben. (...) Die EU-Kommission habe mehrmals nachgefragt. (...) In erster Linie gehe es um V e r s t ä n d n i s f r a g e n. (...). Man habe gute Chancen, das EU-Verfahren positiv zu bestehen.“

Dass das anders ist, wissen wir heute.

Eine weitere Aussage von Minister Lewentz stammt aus der Plenarsitzung vom 2. Mai 2012. Dort sagte er – ich zitiere –: „Ich nehme diesen Bericht der Europäischen Kommission (...) sehr ernst, aber als Mantra möchte ich es nicht vor mir hertragen.“

Frau Ministerpräsidentin, wie sollte das Beihilfeverfahren zu einem guten Ende gebracht werden, wenn Minister Lewentz erst gar nicht den Weg nach Brüssel findet und nicht in den Dialog direkt mit der Kommission eintritt, aber am Ende die Kommission dann massiv noch angreift? Wie soll da überhaupt ein gutes Ende vorbereitet werden?

(Beifall der CDU)

Ich komme noch einmal zurück zu Ihrer Aussage. Selbst wenn die Weichen bei seinem Amtsantritt bereits gestellt waren und er keinen Einfluss mehr darauf gehabt haben

sollte, warum haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, ihm dann das Beihilfeverfahren aus der Hand genommen und die Kontakte zur EU angeblich zur Chefsache gemacht? Wenn schon alles geklärt war und bei ihm in guten Händen, einem sehr guten Minister, war, warum müssen Sie ihm dann die Zuständigkeit abnehmen? Auch das müssen Sie uns einmal erklären.

(Beifall der CDU)

Ich komme zweitens zur Insolvenz. Herr Minister Lewentz hat die Nürburgring GmbH in die Insolvenz geführt. Ich fand es bemerkenswert, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, auf Ihrer Pressekonferenz sagten, er konnte als Minister die Insolvenz nicht mehr abwenden, als Minister. Das heißt doch, bei seinem Amtsantritt stand die Insolvenz schon fest. Erklärt haben Sie die Insolvenz aber erst im Sommer 2012, also über ein Jahr später.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich will Ihnen nichts unterstellen,

(Pörksen, SPD: Nein, gar nicht!)

aber als Juristin wissen Sie ganz genau, dass Sie sich hier an einer ganz harten Grenze befinden.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Auch hier passen wieder einmal einige Aussagen nicht zusammen, Frau Ministerpräsidentin.

(Baldauf, CDU: Warten wir es einmal ab!)

Ich komme drittens zu den fehlenden Jahresabschlüssen. Für die Nürburgring GmbH wurden für die Jahre 2010 und 2011 keine testierten Jahresabschlüsse vorgelegt. Sie wissen doch, die Jahresabschlüsse oder der Jahresabschluss muss sechs Monate nach Ende des Geschäftsjahres vorliegen. Das gilt für jeden Unternehmer, nur für unseren Minister hier nicht.

Er hat den von Herrn Hering ausgehandelten Vertrag auch dann noch als – Frau Dreyer, ich zitiere – „guten Vertrag“ bezeichnet, als er bereits wusste, dass die vereinbarten Pachten nicht den Realitäten des Marktes entsprachen.

(Pörksen, SPD: Woher wissen Sie das denn?)

Frau Ministerpräsidentin, gegenüber dem SWR haben Sie gesagt, Minister Lewentz sei – ich zitiere – „nicht unantastbar, aber unglaublich wichtig“.

Klar, er ist Ihr SPD-Parteivorsitzender. Er wird sich in wenigen Tagen auf dem SPD-Parteitag zur Wiederwahl stellen.

(Pörksen, SPD: Erfolgreich!)

Das ist doch übrigens der eigentliche Grund, dass er nicht gemeinsam mit den Herren Hering und Dr. Kühl zurücktreten musste, aber dafür mussten Herr Hartloff

und Frau Conrad gehen. Das ist weder klar noch transparent noch nachvollziehbar.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, deshalb auch bei allen Bekundungen, die Sie heute wieder in brennender Sorge um unser Land formuliert haben, eines wird immer deutlicher, Ihnen gehen Parteiinteressen ganz klar vor Landesinteressen.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Das sagt die Richtige!)

Natürlich geht es auch um die Zukunft, aber in erster Linie geht es um Ihre eigene Zukunft, um die Zukunft der SPD, um die Macht der SPD und weniger um die gute Zukunft der Rheinland-Pfälzerinnen und der Rheinland-Pfälzer.

(Zuruf des Abg. Noss, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen weiter; denn was ist der selbst gesetzte Anspruch der Ministerpräsidentin? Sich von denen zu trennen, die mit dem Nürburgring zu tun hatten, um in die Zukunft zu schauen. – Dass Herr Lewentz mit dem Nürburgring zu tun hatte, das kann keiner abstreiten. Aber stimmt denn der selbst gesetzte Anspruch der Ministerpräsidentin? Gehen wir zu Herrn Schweitzer. Seine Beteiligung am Nürburgring-Debakel wird uns noch im Rechtsausschuss beschäftigen. Auch wenn die Ministerpräsidentin in einem Interview am Montag erklärte, für sie sei die politische Aufarbeitung des Debakels beendet, wir werden weiter nachfragen, genauso wie wir nachfragen werden damals bei Herrn Beck, der auch alles für beendet erklärt hatte.

(Beifall der CDU)

Wir werden weiter ergebnisoffen nachfragen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ungeklärt ist, ob und wie Herr Schweitzer Einfluss auf die Beschlussvorlage der ISB – der Förderbank des Landes – damals nahm, als diese in die Nürburgringfinanzierung einstieg. Es geht um die Frage, ob er Dinge aus dieser Beschlussvorlage gestrichen hat oder streichen wollte. Wenn ja, warum eigentlich, Herr Schweitzer? Selbst wenn er nur versucht hat, die Beschlussvorlage zu ändern, man muss sich vergegenwärtigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, was damals gerade passierte. Die ISB befasste sich mit der Umstellung der Finanzierung vier Wochen, nachdem der Landesrechnungshof einen ersten vernichtenden Prüfbericht zum Nürburgring veröffentlicht hatte. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft inzwischen nicht nur gegen Finanzminister Professor Dr. Deubel ermittelte, sondern auch gegen zwei Mitarbeiter der ISB. Und drittens, drei Wochen zuvor waren die Geschäftsräume der ISB durchsucht worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und vor allen Dingen frage ich Sie, Frau Ministerpräsidentin, ist es wirklich glaubhaft, dass in einer solchen Situation ein angeblich völlig Unbeteiligter einfach einmal so in einer Beschlussvorlage für den Aufsichtsrat der ISB herumkorrigiert?

Schließlich ging es nicht um irgendeinen Kredit, sondern um eine Finanzierung in dreistelliger Millionenhöhe. Kann man da wirklich behaupten, alle, die mit dem Nürburgring zu tun hatten, würden heute in der SPD keine Verantwortung mehr tragen? Frau Dreyer, ich glaube, das glaubt Ihnen keiner.

(Beifall der CDU)

Aber Herr Schweitzer will sich am Wochenende zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wählen lassen, ebenso wie Herr Hering. Da frage ich: Ist das Ihre ehrliche Zäsur, Frau Ministerpräsidentin? Ist das wirklich ein Neuanfang, oder konnten Sie sich einfach bei Ihrem Parteivorsitzenden nicht durchsetzen?

Herr Schweitzer war damals im Übrigen nicht nur Wirtschaftsstaatssekretär, er war auch stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ISB. Er hat in dieser Funktion die Nürburgringfinanzierung über die ISB möglich gemacht. Er hat kein Veto eingelegt. Das sind die zwei Herren, von denen Sie angeblich sagen, sie hätten nichts mit dem Nürburgring-Debakel zu tun. Gehen wir zu einem dritten Herrn, der angeblich nichts damit zu tun hätte.

(Pörksen, SPD: Herr Pföhler!)

Ein weiterer am Nürburgringskandal Beteiligter ist Herr Hoch, Ihr neuer Chef der Staatskanzlei.

(Pörksen, SPD: Das ist doch an Unverschämtheit nicht zu übertreffen!)

Herr Hoch war vor der Wahl Obmann der SPD im Untersuchungsausschuss.

(Pörksen, SPD: Ja, ein ganz Schlimmer!)

Wir als CDU-Fraktion wollten damals auch das jetzt gescheiterte Zukunftskonzept im Untersuchungsausschuss unter die Lupe nehmen.

(Staatsminister Lewentz: Schauen Sie sich einmal die Gesichter Ihrer Fraktion an!)

Die SPD-Kollegen haben sich damals, als wir das gescheiterte Konzept unter die Lupe nehmen wollten, dagegen gesperrt.

(Baldauf, CDU: Ja, so war das!)

Ich finde es schon bemerkenswert, mit welcher Heiterkeit Herr Lewentz, Herr Pörksen und die Fraktion dieses Faktum begleiten, das heute dazu geführt hat, dass Sie die neuen Minister beklatschen mussten, die wegen des Nürburgringskandals auch gehen mussten.

(Starker Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: So ist es!)

Das muss man intellektuell erst einmal schaffen. Herr Hoch hat damals behauptet, das neue Zukunftskonzept am Nürburgring unter die Lupe zu nehmen, sei unzulässig. Das Gleiche haben Sie dann behauptet, als wir Akten zum Zukunftskonzept verlesen lassen wollten.

Auch hier war an der Spitze der Bewegung Herr Hoch. In beiden Fällen mussten wir erst Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zurate ziehen, bis klar war, unsere Anliegen waren zulässig. Durch diese Verzögerung konnte der Untersuchungsausschuss nur noch in zwei Sitzungen das Zukunftskonzept beleuchten.

(Pörksen, SPD: Das stimmt überhaupt nicht!)

Herr Hering, Herr Dr. Kühl, Herr Schweitzer, Sie alle mussten nicht mehr vor dem Untersuchungsausschuss aussagen. Das war kein Zufall, das war die Arbeit von Herrn Hoch, der dafür jetzt von Ihnen befördert worden ist, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall der CDU)

Da stellen wir uns wie viele andere Bürgerinnen und Bürger die Frage: Was versteht die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz unter einer ehrlichen Zäsur? Was wäre eigentlich passiert, wenn wir uns damals vor der Wahl intensiver mit dem Zukunftskonzept hätten befassen können? Was wäre dann vor der Wahl noch alles herausgekommen? Was wäre alles herausgekommen?

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was habt ihr denn gemacht? Habt ihr geschlafen?)

Es wäre das herausgekommen, was jetzt der Rechnungshofbericht vorgelegt hat und was zu der größten Erschütterung des Landes in einem Kabinett geführt hat.

(Beifall der CDU)

Deshalb möchte ich noch einmal den von Ihnen beförderten engen Vertrauten zitieren. Er hat damals die Interpretation an die Öffentlichkeit gegeben. Ich zitiere: „(...) Hendrik Hering hat am Nürburgring lange und gut verhandelt und hat ihn wieder vom Kopf auf die Füße gestellt.“

(Licht, CDU: Auf welche?)

Es gilt besonderer Dank für den neuen Stil der Transparenz und Offenheit in dieser Frage.“

Ich habe Ihnen schon einen subtilen Sinn für Humor zugebilligt, aber dass das wirklich einmal so zutreffend sein wird, Herr Hoch, das hätte ich nicht gedacht.

(Pörksen, SPD: Sie haben überhaupt keinen!)

Wir würden lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich stelle deshalb fest, auch Herr Hoch leistete seinen nicht unerheblichen Beitrag, vor der Wahl die tatsächliche Situation am Nürburgring zu verschleiern. Er musste bis heute keine Konsequenzen tragen, im Gegensatz zu Frau Conrad. Das will ich kurz noch einmal in Erinnerung rufen. Frau Ministerpräsidentin, Sie sprachen eben davon, Sie verschlanken das Kabinett, es gibt weniger Minister. Nehmen wir doch noch einmal kurz zur Kenntnis, die Anzahl der Minister gab es vor der vergangenen Wahl auch, nur

wurde dann ein neuer Ministerposten für Frau Conrad geschaffen. Ob das mit Versorgungsansprüchen zu tun hat, das muss man, glaube ich, nicht thematisieren. Aber dass Sie thematisieren, man hätte jetzt in großer Entschlossenheit ein Ministerium abgeschafft, darüber können wir wirklich intensiv reden, glaube ich.

(Starker Beifall der CDU)

Zurück zu Herrn Hoch. Er ist jetzt Ihr engster Vertrauter. Er ist Chef der Staatskanzlei. Wenn Sie von einem neuen Stil reden, aber Personen wie Herrn Hoch und andere, die eine ganz klare Haltung zur Aufklärung des Nürburgring-Komplexes hatten, nämlich eine verschleiernde, wenn Sie diese Personen als engste Vertraute um sich scharen, dann dringt Ihr Werben für einen neuen Stil, für neue Transparenz und für Ehrlichkeit und Offenheit nicht ehrlich durch. Das sagt auch etwas über Sie aus, wenn Sie solche Personen in Ihrem nahen Umfeld haben.

(Beifall der CDU)

Deshalb fragen wir uns schon – Frau Ministerpräsidentin, das hätten Sie heute zumindest erklären müssen –: Was heißt für Sie politische Verantwortung übernehmen? Heißt das, dass nur die zurücktreten müssen, die man nicht mehr braucht?

In seinem Buch „Vorbild mit kleinen Fehlern – Abgeordnete zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ hat sich Wolfgang Börsen vor einigen Jahren mit der Frage beschäftigt: „Moral in der Politik, gibt's die noch?“ – Er beantwortet die Frage wie folgt – ich zitiere die Passage –: „Ein sich wandelnder Moralbegriff führt zwar zu veränderten Einschätzungen, bestimmte Grundtugenden wie Glaubwürdigkeit und Vertrauen, politische Korrektheit also, bleiben für die Bürger jedoch eine feste Größe. Die große Mehrzahl der Abgeordneten hält sich eindeutig an diese Normen. Und bei denen, die es nicht tun, tragen die Selbstreinigungskräfte der Parteien, aber besonders die Wahlen unter gleichzeitiger kritischer Medienbeobachtung ihre Früchte.“

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deswegen ist die CDU in der Opposition!)

Wo bleibt aber Ihre Selbstheilungskraft, Frau Ministerpräsidentin, indem Sie die Herren Schweitzer, Lewentz und Hoch in Ihren Reihen belassen?

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Politiker sind nicht unfehlbar. Wir machen alle Fehler, weil jeder Mensch Fehler macht. Woran wir uns aber messen lassen müssen – gerade Politiker, die in der Öffentlichkeit stehen und auch einen Anspruch formulieren –, ist der Umgang mit diesen Fehlern.

Ja, unter Ihrem Vorgänger sind bewusst Fehler gemacht worden. Herr Beck hat sie erst gar nicht und dann sehr spät eingestanden, aber er hatte nicht die Größe, wegen dieser Fehler zurückzutreten. Die SPD hat kürzlich sogar

angekündigt, ihn als Zugpferd im nächsten Wahlkampf einzusetzen. Wir haben nichts dagegen.

(Unruhe bei der SPD –
Baldauf, CDU: Das war sicherlich Spaß!)

Frau Dreyer, Sie haben das System Beck nicht nur übernommen, sondern Sie haben es sogar perfektioniert.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

Frau Ministerpräsidentin, in der jüngeren Vergangenheit ist Ihnen zwar häufiger das Wort „Fehler“ über die Lippen gekommen, aber man muss genau hinhören, in welchem Zusammenhang und wie Sie es gesagt haben.

Zunächst weisen Sie immer auf die Fehler der Vergangenheit hin. Man hätte Fehler gemacht. Wer „man“ ist, lassen Sie gerne außen vor. Neuerdings weisen Sie auch auf die Fehler Ihres Amtsvorgängers hin. Da muss man sich aber schon fragen, wo Sie, Frau Ministerpräsidentin, in dieser Zeit gewesen sind und was Sie, Frau Ministerpräsidentin, ganz persönlich getan haben, um diese Fehler abzuwenden.

Haben Sie nicht wöchentlich mit am Kabinetttisch gesessen und diesen abenteuerlichen, sich ständig ändernden Finanzkonstruktionen Ihres Kollegen Professor Dr. Deubel zugestimmt? Haben Sie zugestimmt, oder haben Sie sie abgelehnt? – Uns ist zumindest kein Protokoll bekannt, in dem „Widerspruch Ministerin Dreyer“ steht.

(Unruhe bei der SPD)

Haben Sie nicht den Kabinetten angehört, die dem Flughafen Zweibrücken europarechtswidrige Beihilfen zugewandt haben? Ist es nicht so gewesen, dass auch Sie es noch nicht einmal für erforderlich hielten, diese schwierigen Fragen mit Brüssel abzustimmen? Frau Ministerpräsidentin, haben Sie in nur einem einzigen Fall hiergegen Einwände oder gar Widerspruch erhoben? – Es gibt auch keine Nachfragen. Sie sprechen von Klarheit, von Transparenz. Sie sagen, Sie haben „die Kraft, sich in Regierungsverantwortung zu erneuern“. Frau Ministerpräsidentin, wann haben Sie denn übrigens die „Veralterung“ festgestellt, um sich heute „erneuern“ zu müssen? – Die Frage stellen sich viele.

(Unruhe bei der SPD)

Dass Sie aber an Nürburgring-Verantwortlichen festhalten und dafür andere opfern, ist keine Erneuerung. Das ist kein Neuanfang, sondern das ist pure Inszenierung.

(Beifall der CDU)

Nun an die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Sie haben gerade erst das Gesetz geändert, damit der Präsident des Rechnungshofs und sein Stellvertreter künftig keine Volljuristen mehr sein müssen. Ganz zufällig ist nun ein Abgeordneter der GRÜNEN, der eben kein

Volljurist ist, für die Stelle des Vizepräsidenten des Rechnungshofs vorgesehen.

(Pörksen, SPD: Jetzt kommen Sie auf vermintes Gebiet!)

Es scheint sich ganz gut zu treffen, im unabhängigen und unbequemen Rechnungshof künftig einen rot-grünen Aufpasser sitzen zu haben.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es reicht
einfach mal!)

– Herr Dr. Braun, ich weiß, das ist unbequem. Sie rufen rein „Es reicht einfach mal!“ Dieser Meinung sind wir aber auch. Es reicht einfach mal, alles schönzureden. Es reicht einfach mal!

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Herr Dr. Braun, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten in all dieser Zeit, in der Sie und Ihre Fraktion alle mitgetragen haben, die an diesem Nürburgring-Debakel beteiligt sind, wir hätten uns gewünscht, dass Sie nicht die Aufklärung der Opposition behindert hätten, sondern gesagt hätten, es reicht einfach mal mit dem, wir machen's einfach. Das hätten wir uns gewünscht, Herr Dr. Braun. Es reicht einfach mal!

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein auffälliger Vorgang: Ein Rechnungshof legt einen unbequemen Bericht für Rot-Grün vor. Dann wird ein Gesetz geändert, das die Bestimmung mit der Voraussetzung für den Vizepräsidenten ändert. Dann ist zufällig sogar schon die Passnummer des Bewerbers bekannt. Da sagen Sie zu uns, dass es unverschämt ist, auf so etwas hinzuweisen. Was ist eigentlich aus den GRÜNEN geworden, Herr Dr. Braun?

(Starker Beifall der CDU)

Da wird klar, auch Sie sind Teil der Perfektionierung des Systems Beck geworden. Wir müssen festhalten: Das ist nicht gut für unser Land.

(Beifall der CDU –
Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Dr. Braun, das ist allgemeines Berufsrisiko. Wenn man hier reinruft, gibt es auch eine Antwort. Damit muss man leben können.

(Beifall der CDU)

Ihr neuer Chef der Staatskanzlei, Herr Hoch, hat früher andere beschimpft, Frau Ministerpräsidentin. Die Opposition im Untersuchungsausschuss, die Richter am OLG Koblenz, und Sie finden ihn gut.

Ihr neuer Fraktionsvorsitzender, Herr Schweitzer, hat vor einiger Zeit uns Christdemokraten als die „Nachfolger

der Steigbügelhalter Hitlers“ bezeichnet, um vor einer Großen Koalition im Bund zu warnen.

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

Es gab kein souveränes Wort, es gab keinen mäßigen- den Ton von Ihnen als Ministerpräsidentin, die die Richt- linienkompetenz hat.

Es gab auch kein mäßigendes Wort, als der damalige Minister Schweitzer zum Hörer griff, um als Minister ein Familienmitglied im Einflussbereich seines Ministeriums unterzubringen. Sie finden dieses Verhalten anschei- nend gut, weil Sie bis heute nicht souverän dazu Stel- lung bezogen haben. Anscheinend ist das in den SPD- Reihen normal.

(Beifall der CDU)

Sie haben Herrn Schweitzer zu Ihrem Fraktionsvorsit- zenden gemacht. Er ist eine wichtige Figur in Ihrem System. Bei Herrn Beck war er das schon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wirkliche Zäsuren se- hen anders aus. So setzt man Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Welch hohen Stellenwert Glaubwürdigkeit hat, kann man in einer Rede von Helmut Schmidt nachlesen. Ich zitiere:

(Pörksen, SPD: Der bedankt sich für das Zitat!)

„Wenn die Bürger nicht an die ehrlichen Absichten der an der Spitze des Staates handelnden Personen glau- ben können, dann wird es den Bürgern sehr schwer gemacht, überhaupt an die Demokratie zu glauben. Je größer die Glaubwürdigkeitslücken, desto geringer die Handlungsfähigkeit von Partei und Regierung.“

(Beifall der CDU)

Das Wort „Glaubwürdigkeit“ gibt mir die Gelegenheit, auch einige Worte an die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN zu richten. Immer mehr grüne Partei- Mitglieder wehren sich im Moment gegen eine allzu enge Bindung an die SPD. Unter der Überschrift „Mehr Mut zu mehr grün“ haben sie einen Protestaufruf unter- zeichnet.

(Pörksen, SPD: Auch das noch!)

– Herr Pörksen sagt gerade „Auch das noch!“ Ich finde, das haben andere Parteien nicht zu beurteilen. Ich beur- teile das auch nicht. Ich sage auch nicht „Auch das noch!“, aber ich stelle fest, dass es so etwas gibt.

(Beifall der CDU)

Im Interview mit dem „Deutschlandfunk“ haben Sie, Frau Ministerin Lemke, von – ich zitiere – „vereinzelt Stim- men“ und einer „sehr kleinen Basisgruppe“ gesprochen. Sie sind sogar noch einen Schritt weitergegangen. Von Journalisten wurde die Frage aufgeworfen, ob die GRÜ- NEN mit der Kabinettsumbildung besänftigt werden mussten. Ihre Antwort war, dass Sie nicht um eine Kabi- nettsumbildung bitten würden, weil 50 Mitglieder disku-

tierten. Wann würden Sie denn überhaupt einmal um eine Kabinettsumbildung bitten oder sie sogar fordern, Frau Lemke?

Sie haben jetzt dreieinhalb Jahre lang Nürburgring-Verantwortlichen das Regieren ermöglicht, die Sie heute als Ballast bezeichnen, laut Herrn Köbler. Dass es sich dabei um Ballast handelte, haben Sie aber erst festgestellt, als dieser Ballast abgefallen war. Auch das ist auffällig.

(Beifall der CDU)

Die ehemalige Ministerin Conrad empfindet das als Nachtreten und musste sich öffentlich zur Wehr setzen, sie würde nicht zum alten Ballast gehören.

Frau Ministerpräsidentin, Ihre Pressekonferenz in der vergangenen Woche haben Sie mit den Worten begonnen, die Sie heute wiederholt haben: „Ich bin mit Leib und Seele Ministerpräsidentin.“

Wer aber Ihren Auftritt bei Pressekonferenz gesehen hat, hatte einen ganz anderen Eindruck. Wer beobachtet hat, wie Sie, Frau Ministerpräsidentin, sich in den vergangenen Wochen und Monaten verhalten haben, der konnte erst recht den Eindruck gewinnen, dass Sie eben nicht mit Leib und Seele Ministerpräsidentin sind:

– Sie haben den Zeitpunkt zur Kabinettsumbildung mindestens dreimal verpasst, nämlich bei Ihrem Amtsantritt, bei Erscheinen des Rechnungshofberichts und in Ihrer selbst angesetzten Regierungserklärung vor vier Wochen.

(Beifall der CDU)

– Als der Rechnungshofbericht erschien, haben Sie erst einmal geschwiegen. Sie haben stattdessen Ihre Minister und Staatssekretäre in die Ausschüsse vorgeschickt, um uns zu beschimpfen und den Rechnungshof zu diskreditieren.

– Als sich die allgemeine Stimmungslage dann aber doch nicht beruhigte, haben Sie eine Regierungserklärung angekündigt. In dieser Regierungserklärung haben wir zumindest wenig Reue erkannt. Im Gegenteil – Sie sind sogar als Ministerpräsidentin nicht davor zurückgeschreckt, die Beratungsfirma Ernst & Young mit dem unabhängigen Rechnungshof gleichzusetzen. Wie eine neue Anfrage ergeben hat, hat die Beratungsfirma Ernst & Young bisher über 1,2 Millionen Euro von der Landesregierung für Beratungsleistungen erhalten. Ich glaube kaum, dass das Unabhängigkeit dokumentiert.

(Beifall der CDU)

– Frau Ministerpräsidentin, Sie haben sehr lange darauf gesetzt, dass Sie irgendwie durchkommen. Sie haben erst einmal beobachtet, wie sich die allgemeine Stimmung entwickelt. Erst als die sich nicht beruhigte, haben Sie sich zum Handeln gezwungen gesehen. Man kann es so sagen oder auch anders, dass Ihnen zuerst die Minister den Rücktritt eingereicht haben, wie Sie es heute gesagt haben.

– Ihre Europaministerin muss gehen, obwohl sie, wie sie sagt, nicht zum „Ballast“ der Regierung gehört.

– Ihrem Justizminister wird heute eine neue Hausspitze gegeben, nämlich ein neuer Minister mit einem neuen Staatssekretär. Die Staatssekretärin musste auch den Platz räumen. Frau Ministerpräsidentin, Sie sagten, Sie wollen „neue Gesichter“.

– Ja, wir hatten mit Herrn Hartloff unsere Problemthemen. Aber dass beispielsweise die Idee einer OLG-Fusion von ihm ist, wird wohl niemand behaupten. Er hat sie nur verteidigt. Trotzdem wollen Sie nach dreieinhalbjähriger Amtszeit des Ministers schon ein „neues Gesicht“.

Frau Dreyer, Sie sind selbst seit über zehn Jahren Mitglied in den Kabinetten, und Sie wollen ein neues Gesicht nach dreieinhalb Jahren.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Herrn Minister Professor Robbers setzen Sie nun einen Rechtsprofessor an die Spitze des Hauses. Sie nannten das ein „Signal an die Justiz“. Aber als Staatssekretär setzen Sie dem Minister gleich Herrn Dr. Kopf an die Seite. Er kommt aus der SGD. Die Justiz kennt er nicht. Er kennt dafür aber die Spitze der SPD gut.

Herr Hering hatte ihn kurz nach der Wahl 2006 in sein Ministerium geholt. Dort saß er als „Verstärkung“ im Kabinettsreferat – und das, obwohl Herr Hering das Haus erst einmal von der Zuständigkeit her verkleinert hatte. Wie kommt er jetzt wieder zur Regierung?

Er selbst sagte – ich zitiere –: „sein Fürsprecher sei ganz sicher Alexander Schweitzer gewesen.“

(Zurufe von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, hier drängt sich schon der Eindruck auf, als hätten Sie fürs Schaufenster einen geschätzten Rechtsprofessor gewählt, ihm aber gleich wieder einen „Aufpasser“ zur Seite gestellt.

(Beifall der CDU)

Ist das Ihr Angebot an die Justiz? Ist das die „Zäsur“, von der Sie gesprochen haben?

Frau Ministerpräsidentin, Sie sprechen von neuen Gesichtern, aber hintendran steckt altes Denken. Auch hier setzen Sie nicht nur das System Beck fort, sondern Sie perfektionieren es auch noch.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, mit Ihrer Kabinettsumbildung haben Sie auch Ihre Fraktion vor den Kopf gestoßen. Vor einem Monat haben Sie von der SPD-Fraktion noch volle Rückendeckung für Ihre gegenteilige Linie verlangt. Rücktrittsforderungen gingen angeblich ins Leere. Heute verlangen Sie von der Fraktion, dass sie ihren Vorsitzenden abwählt. Wie sagte ein SPD-Fraktionsmitglied

dazu – ich zitiere –: „Ich bin vollkommen geplättet. Das muss ich erst mal verdauen.“

(Zurufe von der SPD)

– Frau Reich, die als Staatssekretärin ihr Landtagsmandat damals zugunsten einer jüngeren Kollegin abgegeben hatte, erfuhr erst von ihrer Entlassung, als der unfreiwillige Rücktritt des Justizministers über die Medien verbreitet wurde.

Ist das klar? Ist das Transparenz? Geht man so mit Menschen um?

(Beifall der CDU)

Diese Regierungskrise ist eine Führungskrise. Wer so mit sich selbst beschäftigt ist, der hat nicht mehr genug Kraft für die Zukunft unseres Landes.

Was aber noch viel schlimmer ist: Unser Land steht vor großen Umbrüchen. Allein durch das Nürburgringdebakel fehlen uns eine halbe Milliarde Euro – 500 Millionen Euro – für wichtige Aufgaben. Die Schuldenbremse wird uns harte Einschnitte abverlangen. Die Wirtschaft erwartet jetzt einen klaren Kurs. Wir brauchen verlässliche Qualität in der Bildungspolitik.

Bei dieser Krise tritt zutage, worum es bei der Kabinetts-umbildung tatsächlich geht, nämlich um die bloße Möglichkeit, die Macht zu erhalten. Es geht um das Verwalten und Erhalten von Macht, und nicht um das Gestalten und nicht um die Zukunft der Menschen im Land. Das aber ist der Sinn von Macht, dass sie die Möglichkeit des Gestaltens gibt.

Kraftvolle, ideenreiche Gestaltung braucht unser Land in vielen Bereichen. Wir Christdemokraten haben die Kraft für solide Finanzen, für eine nachhaltige Bildung und für den Zusammenhalt der Generationen.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben als Opposition unsere Aufgabe erfüllt und die Versäumnisse und Fehler, die den Steuerzahler zig Millionen Euro gekostet haben, zeitnah thematisiert und kritisiert, und zwar auch und gerade hier im Parlament und in zahllosen Ausschusssitzungen. Was mussten wir uns in den vergangenen Jahren hierzu nicht alles von den Regierungsfraktionen, von den Regierungsmitgliedern und auch von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, anhören, nämlich Wahlkampfgetöse, Skandalisierung und rückwärtsgewandtes Handeln?

Wenn das Skandalisierung war, dann frage ich mich, warum eine Regierungsumwälzung, in der vier von fünf Ministern abgezogen worden sind, vorgenommen werden musste, wenn in diesem Land alles gut war und es keinen Skandal gab.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, das Land wird nicht von uns schlechtge-

redet. Es wird von Ihnen schlecht regiert. Das ist ein entscheidender Unterschied.

(Beifall der CDU)

Das zeigt sich auch im Umgang mit dem Parlament. Im Sozialausschuss stellte die CDU-Fraktion der Ministerpräsidentin Fragen zum ESF. Eine SPD-Kollegin – sie wird zitiert – „sprach nach der Sitzung von einer ‚großen Geste‘ der Ministerpräsidentin, da sie persönlich in den Sozialausschuss gekommen sei und sich viel Zeit genommen hätte.“

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Eine Stunde!)

Das steht in der „Rhein-Zeitung“ vom 7. November 2014, falls das angezweifelt wird.

(Zuruf der Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir scheinen hier die Maßstäbe verrückt zu sein. Es ist keine „große Geste“, sondern die Pflicht der Regierung, ihr Handeln gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu erklären und zu rechtfertigen.

(Beifall der CDU)

Wenn die Ministerpräsidentin Fragen zu erklärungs-würdigen Vorgängen aus ihrer Amtszeit beantworten muss, dann ist das keine Gefälligkeit, sondern eine Pflicht und sogar eine Notwendigkeit, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall der CDU)

Wir sehen unsere Aufgabe ganz klar. Uns geht es nicht um Gesten. Uns als Christdemokraten geht es um klare Inhalte.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Worauf beruht unser Wohlstand? Unser Wohlstand im Land beruht auf der Qualität in der Bildung. Wissen Sie, wahre Souveränität zeigt sich, wenn man an Stellen, an denen es für sie wehtut, auch zuhören kann.

(Zurufe von der SPD)

Man merkt, dass im Vorfeld viele Punkte erwähnt worden sind.

Frau Anklam-Trapp, Sie haben gesagt, es sei eine große Geste der Ministerpräsidentin. Wissen Sie, auch Sie sind Parlamentarierin. Das heißt, Sie haben eine Kontrollfunktion und keine Ausführungsfunktion von dem, was die Regierung von Ihnen verlangt.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD)

Worauf beruht unser Wohlstand? Er beruht auf der Qualität in der Bildung, auf einer modernen Infrastruktur, auf bezahlbarer Energie, auf soliden Finanzen und auf dem

Zusammenhalt der Generationen, sei es in der Stadt oder auf dem Land.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Auf diesen fünf Säulen beruht unser Wohlstand. Dafür werden wir als CDU in Rheinland-Pfalz kämpfen.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Sie haben gar nichts gemacht!)

Zur Bildung: Die CDU tritt seit Jahren für eine Schule ohne Unterrichtsausfall ein. Die CDU tritt seit Jahren für eine Schule ein, in der gefördert, aber auch gefordert wird.

(Zuruf des Abg. Guth, SPD)

Die CDU tritt ein für die Gleichstellung

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für gutes Wetter!)

von beruflicher und akademischer Bildung.

(Pörksen, SPD: Jawohl!)

Mit uns wird es kein Aufweichen von Qualitätsstandards geben. Dafür steht die CDU.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Die CDU tritt ein für eine bejahende Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze im Land.

Die CDU tritt ein für eine moderne Digitalisierung und ein schnelles, flächendeckendes Internet, insbesondere im ländlichen Raum.

Die CDU tritt ein für ein intaktes, leistungsfähiges Verkehrsnetz.

(Beifall der CDU –
Fuhr, SPD: Und für Friede, Freude, Eierkuchen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Energie: Die CDU tritt ein für eine landschaftsschonende Nutzung der Windenergie.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oh!)

Die CDU tritt ein für einen realistischen Mix bei den Energieträgern.

Die CDU tritt ein für eine länderübergreifende Absprache und Koordination der Energiewende bei Produktions- und Trassenplanung.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Vor allem Trassenplanung!)

Die CDU tritt ein für die uneingeschränkte Einhaltung der Schuldenbremse.

(Guth, SPD: Der Parteitag ist erst in zwei Wochen!)

Wir treten ein für einen Haushalt ohne Schatten- und Nebenhaushalte.

Wir treten für die Erhaltung eines unabhängigen Landesrechnungshofes in diesem Land ein.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso wie sich das Kabinett Beck durch eine Täuschung der Wähler über die Wahl 2011 gerettet hat, versuchen Sie jetzt, sich durch einen sogenannten Neuanfang, der gar keiner ist, über die Wahl 2016 zu retten. Die Menschen in diesem Land haben das gemerkt.

Ich habe eben über das Thema Verantwortung gesprochen. Es gibt in der Demokratie letztlich eine Verantwortung. Das ist die gegenüber dem Wähler.

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kontrolle der Entscheidungsfindung erfolgt immer noch über den Souverän, über das Volk. Letzter Entscheidender kann nur der Wähler sein; denn er gibt uns auch den Auftrag für unsere Arbeit.

Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie wirklich der Meinung sind, Sie hätten einen klaren Schnitt, eine Zäsur gemacht, dann können Sie sich dafür auch die Bestätigung des Wählers holen, nämlich im Frühjahr 2015.

(Beifall der CDU)

Nicht nur wir sind der Meinung, dass in einer solchen Situation, wie sie unser Land jetzt erleben muss, Neuwahlen das richtige, das ehrliche Instrument sind.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn Sie wirklich der Meinung sind, Sie machen es besser als Ihr Vorgänger, dann fragen Sie doch die Wähler, ob sie es genauso sehen.

(Pörksen, SPD: Im März 2016!)

In jedem Fall werden wir das Regierungshandeln weiter kritisch begleiten, nicht nur, aber auch mit Blick auf den Nürburgring. Wie wichtig das ist, zeigt die Aussage der Ministerpräsidentin im „SPIEGEL“ von dieser Woche, sie halte die politische Aufarbeitung für erledigt. Frau Ministerpräsidentin, nichts ist erledigt. Die Rheinland-Pfälzer werden an dem Erbe, das Sie ihnen hinterlassen, noch sehr lange zu knabbern haben.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Herr Abgeordneter Schweitzer, Sie haben das Wort.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Mei-

ne Damen und Herren von der CDU, Sie haben jetzt besonders lange applaudiert.

(Klein, CDU: Mit Recht!)

– Naja. Ich will Ihnen etwas sagen: Ich weiß, warum. Sie mussten richtig etwas nachholen. Sie haben die erste halbe Stunde gegessen, gegessen, gegessen, zugehört

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

und waren völlig sediert. Das haben Sie gemerkt. Jetzt haben Sie es hintendran sozusagen nachgeholt.

(Zurufe der Abg. Zehfuß und Frau Klöckner, CDU –
Licht, CDU: Sie haben den Pörksen gemeint!
Da kam kein Zwischenruf!)

Meine Damen und Herren, wir haben eben von Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer gehört, wie sie die Entscheidung für ein neues Kabinett begründet hat.

Das Parlament hat die neuen Kabinettsmitglieder mit überzeugender Mehrheit bestätigt. Durch diese Neuaufstellung hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer unter Beweis gestellt, sie agiert entschlossen und stellt mit ihrem tatkräftigen und durchsetzungsstarken Handeln die Weichen auf Zukunft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dies für die SPD-Fraktion und auch für mich persönlich festhalten: Für die über viele Jahre geleistete Arbeit und Zusammenarbeit in der Regierung und dem Parlament danken wir Dr. Carsten Kühl und Hendrik Hering ausdrücklich.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hendrik Hering und Carsten Kühl haben in ihren verschiedenen Positionen daran mitgearbeitet, dass unser Land in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben hat. Ihre Leistungen auf ein einziges Projekt zu verknappen, wie es auch heute wieder geschehen sollte, wird ihnen nicht gerecht.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir alle kennen das. Es gehört zum Wesen der Politik. Aber dennoch ist es nicht selbstverständlich, und deshalb möchte ich es betonen: Es ist ihnen hoch anzurechnen, dass sie politische Verantwortung übernommen haben.

(Zuruf aus dem Saal: Freiwillig!)

Meine Damen und Herren, sie haben – ich zitiere Malu Dreyer, weil dieser Satz es doch wunderbar auf den Punkt bringt – zum damaligen Zeitpunkt für sie abgesicherte und fundierte Entscheidungen getroffen und diese nach bestem Wissen und Gewissen umgesetzt. –

Aber ich wiederhole, und ich will an dieser Stelle gar nicht zurückhaltend sein: Am Nürburgring sind politische

Fehler gemacht worden. Dazu haben sich die Verantwortlichen bekannt, und dazu hat auch Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung und bei vielen Gelegenheiten seither immer wieder klar Stellung bezogen.

(Baldauf, CDU: Tosender Applaus!)

Ich möchte Margit Conrad und Jochen Hartloff ansprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD)

Auch diese beiden haben prägende Akzente für unser Land gesetzt. Beide haben sich für eine Kabinettsumbildung bereit erklärt,

(Dr. Enders, CDU: Freiwillig!)

damit dieses sehr deutliche Zeichen der Erneuerung tatsächlich wahrnehmbar ist. Auch bei Ihnen beiden bedanke ich mich im Namen der SPD-Fraktion.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Für die langfristige Gestaltung unseres Landes hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer ein Team aus kompetenten und durchsetzungsstarken Persönlichkeiten zusammengestellt. Dieses neue Team der Ministerpräsidentin zeigt, wir wollen Rheinland-Pfalz weiter erfolgreich gestalten. Es gibt noch viel zu tun, und wir sind darauf vorbereitet.

Dieses Kabinett steht für die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Es schafft eine gute Kombination aus neuen Gesichtern und erfahrenen Kräften, und – es ist unübersehbar – dieses Kabinett ist erneut weiblicher geworden.

Das, was wir gesellschaftlich noch erreichen wollen und uns alle beschäftigt, ist nämlich, wie wir es schaffen, eine Familien-, eine Frauen- und eine Gleichstellungspolitik so zu gestalten, dass die gläserne Decke, die natürlich vorhanden ist, auch einmal durchbrochen wird.

Meine Damen und Herren, das leben wir in Rheinland-Pfalz, und dieses Kabinett unter Malu Dreyer lebt es vor.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wir haben interessante Menschen, die für Aufbruch und persönliche Kompetenz stehen.

Wenn es mir an diesem Ort, im Parlament, gestattet sei, möchte ich auf den Weg der weiteren Erneuerung der SPD-Fraktion hinweisen.

Als neues Mitglied begrüße ich heute Jaqueline Rauschkolb als Nachfolgerin von Margit Conrad in den Reihen der SPD-Fraktion. Herzlich willkommen, auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich habe es bereits erwähnt, aber manches darf man unterstreichen. Beim Nürburgring wurden Fehler ge-

macht, und es wurden Fehlentscheidungen getroffen. Aus heutiger Sicht, mit dem heutigen Wissen hätte man damals über vieles anders entscheiden können, und ich sage auch, entscheiden müssen, meine Damen und Herren. Es stimmt, Malu Dreyer hat sich dazu bekannt. Dafür steht sie auch. Es wird auch nichts schöngeredet, meine Damen und Herren.

Es ist Aufgabe von Politik, Konsequenzen zu definieren und sie dann auch umzusetzen. Konsequenzen wurden gezogen. So hat Malu Dreyer die Verbindung nach Brüssel entscheidend gestärkt. Mit Erfolg, der Nürburgring-Verkauf ist anerkannt, der Prozess ist abgeschlossen.

(Zurufe von der CDU)

Inzwischen haben am Ring die Insolvenzverwalter und die neuen Eigentümer das Sagen. Die Landesregierung konnte dafür sorgen, dass der Nürburgring für die Öffentlichkeit zugänglich ist, und zwar unabhängig von der Besitzstruktur.

Für den Flughafen Hahn gibt es eine Perspektive, und zwar auch durch ein erfolgreiches Beihilfeverfahren, das diese Landesregierung unter Malu Dreyer initiiert hat.

(Pörksen, SPD: Trotz Langen!)

Für die Menschen am und um den Flughafen Zweibrücken hat die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Verantwortlichen Perspektiven geschaffen. Die Maßnahmen des Pakets der Landesregierung müssen greifen und werden greifen.

Meine Damen und Herren, bei all diesen Projekten stellt sich die Frage nach der Verantwortung der CDU; denn natürlich haben Sie auch Verantwortung, und ich könnte Sie an jedem Projekt mit Namen versehen und in der Klammer immer das CDU-Parteibuch dabei definieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Lassen Sie sich etwas
Besseres einfallen!)

Nur in dem Klöckner'schen Paralleluniversum, das wir eben erleben durften – es war keine rasante Fahrt durch Ihr Paralleluniversum, das hat Ihnen die eigene CDU-Fraktion schon gezeigt, die waren halb eingeschlafen –, kommt der CDU-Anteil in der Verantwortung nicht vor. Ich glaube aber, Sie haben Verständnis dafür, dass es meine Aufgabe ist, uns gemeinsam daran zu erinnern, liebe Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aber natürlich, Verantwortung an der Stelle, wenn man zwischen Regierung und Opposition das Gespräch führt, kann man nicht teilen. Wir wollen sie auch nicht teilen. Wir sind in Verantwortung. Das ist völlig richtig.

(Hüttner, SPD: Und das ist gut so!)

Sie schlachten Fehler aus. Das können Sie.

Frau Klöckner, ich will Ihnen ein Kompliment machen. Dazu braucht man eine gewisse Robustheit.

(Dr. Mittrücker, CDU: Das sagt der Richtige!)

Man muss auch bereit sein, dahin zu hauen, wo es die eigenen Leute trifft, und da sind Sie völlig schmerzfrei, liebe Frau Klöckner. Das haben wir heute wieder gesehen.

(Beifall und Heiterkeit der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn man ein Menschenbild hat – und da kann man Theologie studiert haben, so lange wie man will –, in dem Menschen nur noch Wählerstimmen sind, dann hat man auch an der Stelle völlige Schmerzfreiheit, liebe Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben uns vorgeschlagen, dass wir heute über die ernste politische Situation im Land diskutieren. Schauen wir uns doch einmal diese Situation an.

(Heiterkeit bei der CDU –
Seekatz, CDU: Unterste Schublade!)

– Wenn mir zugerufen wird, unterste Schublade: Das Möbelstück, das Frau Klöckner eben aufgebaut hat, steht im Keller, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal über die ernste politische Situation nachdenken.

Meine Damen und Herren, ich rede über Ihren Antrag. Hören Sie doch zu. Ich will Sie an der Stelle entsprechend mit Vorschlägen untermalen.

Wir haben den überzeugenden Vorschlag zur Kabinetts-umbildung von Malu Dreyer gerade mit großer Mehrheit im Parlament bestätigt. Wir haben eine Regierung, die für unser Land arbeitet. Wir haben im Ländervergleich eine der geringsten Arbeitslosenquoten in Deutschland.

Meine Damen und Herren, ja, weil die SPD-geführte Landesregierung und diese Koalitionsregierung dafür gearbeitet haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Unsere Wirtschaft sichert in diesen Tagen so viele sozialversicherungspflichtige Jobs, wie es sie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz gegeben hat.

Meine Damen und Herren, ja, weil die SPD-geführte Landesregierung und diese Koalition jeden Tag dafür arbeiten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz ist das Land der guten und gebührenfreien Bildung von Anfang an. Auch da gilt, ja, weil die SPD-geführte Landesregierung und diese Koalition jeden Tag hart dafür arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Land hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind in vielen Themenfeldern Vorbild für andere Länder.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch einmal sozusagen aus dem Nähkästchen aus der Funktion plaudern, die ich seit heute Vormittag nicht mehr inne habe. Wenn man als Sozialminister und Gesundheitsminister mit der Verantwortung für Eingliederungshilfen, Pflege und Pflegestrukturen immer wieder gefragt wird, und zwar von den geschätzten Kolleginnen und Kollegen der CDU, wie macht ihr das denn, helft einmal mit, dass wir das umsetzen können, dann ist das die schönste Anerkennung, meine Damen und Herren.

Sie wollen es nicht hören, aber ich muss es Ihnen trotzdem sagen. Das ist Anerkennung für gutes und vorbildliches Handeln in Rheinland-Pfalz, und zwar vorbildlich für ganz Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie glauben doch nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich alles so „schlüpfen“, was Sie ihnen heute und bei diesen anderen Reden vorlegen. Die Menschen schauen sich in ihrer Gemeinde, in ihrer Nachbarschaft, in ihrer Stadt, in ihrer Region um. Sie schauen sich schon an, was sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten getan und was sich entwickelt hat. Sie werden immer erleben, ob es Ihnen schmeckt oder nicht, dass die allermeisten sagen, Mensch bin ich froh, dass dieses Land nicht mehr so dasteht, wie Sie es uns Anfang der 90er-Jahre hinterlassen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben das neue Team der Ministerpräsidentin kritisiert. Frau Klöckner, Sie sind auch da in die Vollen gegangen.

Liebe Frau Klöckner, lassen Sie uns doch die Teams vergleichen. Ich glaube, Sie wären sogar froh, Sie hätten

überhaupt eines, mit dem Sie sich draußen zeigen könnten.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Schauen wir es uns doch einmal an. Die Leute wollen schon wissen, wer denn da sonst noch hinter und neben einem steht, wenn man, liebe Frau Klöckner, diese Ambitionen hat, die Sie haben.

(Pörksen, SPD: Viele unter einem!)

Schauen wir uns doch einmal die erste Reihe an. Lieber Herr Baldauf,

(Baldauf, CDU: Hallo, Herr Schweitzer!)

ehemaliger Landesvorsitzender, ehemaliger Fraktionsvorsitzender – – –

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Ist das dann demnächst sozusagen Ihr Minister für „Ehemaliges“?

(Unruhe im Hause)

Herr Licht – – –

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Lieber Herr Licht, – – –

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie bitte die Lautstärke etwas zurück.

Abg. Schweitzer, SPD:

Lieber Herr Licht, weil Sie gerade so engagiert dazwischenrufen. Für Sie gibt es doch dann sicherlich irgendwann eine Funktion als Beauftragter für Handballsportwesen, oder Herr Billen, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Die Funktion hat schon Herr Lewentz!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen deutlich sagen, der Blick, den ich in Ihre Reihen werfe, ist doch recht trübe, wenn man sich anschaut, wen Sie tatsächlich nach vorne stellen können.

(Zurufe von der CDU –
Dr. Mittrücker, CDU: Dort drüben ist Nebel pur!)

Meine Damen und Herren, liebe Frau Klöckner, darum müssen Sie damit leben, dass sich die Blicke noch sehr viel stärker auf Sie richten. Sie haben vorhin gesagt, die CDU habe die Kraft zu soliden Finanzen.

(Heiterkeit bei der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Wenn ich da so in die erste Reihe bei Ihnen schaue, bin ich beeindruckt!)

Meine Damen und Herren, Ende November wird der Bundesgerichtshof entscheiden, ob der Untreueprozess gegen Herrn Böhr neu aufgerollt werden muss. Die Finanzaffäre der rheinland-pfälzischen CDU, sie kehrt zurück und damit auch manch offene Frage.

(Zurufe von der CDU)

Liebe Frau Klöckner, weil Sie auch gerne inquisitorische Fragen stellen, haben Sie sicherlich kein Problem damit, wenn Sie auch einmal eine Frage beantworten dürfen. Wo waren denn Sie, als im CDU-Landesvorstand über all die interessanten Fragen der Finanzierung von Beratung und Wahlkampf gesprochen wurde?

(Zuruf des Abg. Noss, SPD –
Bracht, CDU: Er weiß es immer noch nicht!
Wo waren Sie denn die ganzen Jahre? –
Dr. Mittrücker, CDU: Telefonieren!)

Meine Damen und Herren, wie lange wollen Sie uns noch erklären, dass Sie als führendes Mitglied der CDU in Rheinland-Pfalz schon damals immer gerade dann nicht dabei waren, als diese spannenden Fragen diskutiert wurden? Das glauben Sie selbst nicht, und wir glauben es Ihnen auch nicht, und die Menschen glauben es Ihnen auch nicht, liebe Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Sie hätten sich die Protokolle
ansehen sollen!)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition hat die Mehrheit im Landtag. Sie ist in vollem Umfang handlungsfähig. Ihre Forderung nach Neuwahlen entbehrt jeder Grundlage.

(Heiterkeit der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Der Beweis dafür ist die von der Frau Ministerpräsidentin durchgeführte Kabinettsumbildung. Ein Beweis dafür, dass Sie keine Grundlage für Ihre Forderung haben, ist auch die deutlich gewordene Unterstützung der regierungstragenden Fraktionen.

Es ärgert Sie, das mag sein, aber es ist dennoch so: Wir haben eine starke Regierung, und wir behalten eine starke Regierung.

Auch die Presse bezeichnet die Forderung nach Neuwahlen nur noch als – ich zitiere die „Allgemeine Zeitung“ vom 4. November 2014 –: „wohlfeil“.

Sie stehen allein mit Ihrer Forderung, hier im Landtag und draußen im Land.

(Dr. Mittrücker, CDU: Und die GRÜNEN fürchten sie!)

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich

(Zurufe von der CDU)

– wenn Sie dazwischenrufen und es bezweifeln, dann muss ich mich korrigieren –, es ist nicht so, dass Sie

ganz alleine mit Ihrer Forderung nach Neuwahlen stehen.

(Noss, SPD: Richtig!)

Der Vorsitzende der Linkspartei in Rheinland-Pfalz ist ebenfalls Ihrer Meinung, Frau Klöckner. Das ist eine starke Allianz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Baldauf, CDU: Das sind doch die in Thüringen! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Diese Regierung hat den Auftrag für die volle Wahlperiode. Meine Damen und Herren, Sie werden damit umgehen müssen.

Aber ich kann verstehen, dass es in den vergangenen Tagen schwierig war. Wenn sich die Ereignisse überschlagen, wenn jemand nicht selbst das Heft in der Hand hat und auf dem Zuschauerplatz vielleicht nervös wird, dann kommt man auch schon einmal mit den unterschiedlichen Forderungen nach Neuwahlen oder Rücktritten durcheinander.

(Dr. Mittrücker, CDU: Was?)

Manchmal habe ich den Eindruck, Sie haben auch die chronologischen Verhältnisse nicht richtig hinbekommen: erst Neuwahlen, dann Rücktritte.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Was die Begrifflichkeiten angeht, haben Sie in den letzten Tagen nicht immer Glück gehabt, Frau Klöckner. Sie sprechen von Schicksalstagen.

(Frau Elsner, SPD: Ja!)

Sie sprechen von Schicksalstagen im Zusammenhang mit einer Kabinettsumbildung.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, wir alle, auch Sie, waren in den letzten Tagen rund um den 9. November viel in den Schulen unterwegs. Dort hatten wir Gelegenheit gehabt, über Schicksalstage des deutschen Volkes zu sprechen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren, manchmal ist es besser, man macht es eine Nummer kleiner, liebe Frau Klöckner. Ich glaube, das wäre eine gute Idee.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Heiterkeit des Abg. Dr. Weiland, CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

Aber was die Nummer kleiner angeht, da gibt es Begabtere, das ist richtig, Frau Klöckner.

(Frau Klöckner, CDU: Eine Nummer kleiner!
„Die Steigbügelhalter Hitlers!“)

Ich muss Ihnen sagen, als ich die Zeitung aufgeschlagen und gelesen habe, dass Sie auf einem Bezirksparteitag der CDU in Koblenz-Montabaur waren, musste ich feststellen, dass Sie die Begeisterung über sich selbst offensichtlich so weit davongetragen hat, dass Sie schon von der absoluten Mehrheit der CDU in Rheinland-Pfalz fabuliert haben. Frau Klöckner, wissen Sie, was ich da gedacht habe? – Wenn ich so in Ihre Reihen schaue und sehe, wer um Sie herum ist, dann habe ich den Eindruck, Sie haben in den letzten Jahren viele junge, engagierte und gut ausgebildete Menschen neu eingestellt: Pressesprecher oder Menschen, die sich vor allem um Ihr Bild in der Öffentlichkeit kümmern.

Ich will Ihnen sagen, als ich das mit der absoluten Mehrheit gelesen habe, ist mir der Gedanke gekommen, Sie haben in diesen Reihen offensichtlich niemanden dabei gehabt, der es wirklich gut mit Ihnen meint, der Sie einmal zur Seite nimmt und sagt: Komm wieder herunter. Vielleicht ist schon ein bisschen zu viel Hybris in Dir.

(Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –
Bracht, CDU: Waren Sie dabei?)

Liebe Frau Klöckner, das sage ich Ihnen: An dieser Selbstgerechtigkeit und Ihrem Hochmut, die auch durch den Auftritt heute zum Tragen gekommen sind, sollten Sie wirklich noch arbeiten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Baldauf, CDU: Das sagen Sie! –
Zuruf des Abg. Weiner, CDU –
Bracht, CDU: Man sollte nur das sagen, was
man wirklich weiß! –
Pörksen, SPD: Es geht noch weiter, keine Angst!)

Wenn wir schon bei der Zeitungslektüre sind, muss ich noch sagen, es könnte auch Ihre Aufgabe sein, was Sie gerade definiert haben, lieber Herr Bracht. Ich mache Ihnen gerne Vorschläge. Wenn Sie mit mir darüber reden wollen, ich gebe Ihnen gute Tipps, das ist kein Problem, wie Sie Ihre Frau Klöckner beraten können.

(Heiterkeit der Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD –
Bracht, CDU: Sie haben als Generalsekretär
damals versagt!)

Wenn wir schon bei der Zeitungslektüre sind, ist zu erwähnen, in der „Rhein-Zeitung“ vom 11. November ist zu lesen, es gebe bei Frau Klöckner manches, was man finden und beschreiben kann, aber es gibt eben auch so etwas wie eine Neigung oder zumindest die Nähe zu Halbwahrheiten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja! Wir kennen das!)

Ich zitiere mit dem Begriff „Halbwahrheiten“ die „Rhein-Zeitung“. Das ist kein Begriff, den ich hier einbringe.

Liebe Frau Klöckner, auch das könnte etwas sein, an dem man arbeiten kann, wenn die Selbstgerechtigkeit

und die Hybris nicht über das Dach dieses Hauses wachsen sollen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Das jetzt belegen! –
Bracht, CDU: Das sagt einer, der so mit
dem Parlament umgegangen ist!)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen von einer ernstesten politischen Situation. Meine Damen und Herren, jeden Morgen stehen in Rheinland-Pfalz Menschen auf, deren Alltag Situationen für sie vorhält, die ernst sind. Genau für die haben wir Verantwortung alle miteinander ohne Einschränkung. Für die müssen wir Politik machen, und gerne auch im Streit, gerne auch auf der Suche nach Kompromissen, aber diese Verantwortung als Parlamentarier, die ist nicht teilbar.

Politik hat insgesamt die Aufgabe, Antworten zu geben, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen und Rahmenbedingungen so zu setzen, dass es gelingende Biografien in der Gesellschaft geben kann.

Ich nenne einige Themen: Pflege und Gesundheit, Bildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wirtschaftliche Dynamik und die Voraussetzungen für wirtschaftliche Dynamik, sichere, bezahlbare und saubere Energie, der Erhalt unserer Natur und der soziale Zusammenhalt.

Natürlich ist es spannend, eine Diskussion dann zu führen, wenn man die gegenseitige Position kennt. Da habe ich schon noch Fragebedarf. Was sind Ihre Positionen? Haben Sie auch Antworten auf diese Fragen?

Frau Klöckner, ich will ein ganz aktuelles Beispiel nehmen, einen Antrag, der mir jetzt wieder in die Hand gefallen ist. Es geht um einen Plenarantrag der CDU-Fraktion zur nächsten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform.

Sie haben acht Punkte definiert. Die allermeisten Punkte sind es nicht wirklich wert, sie ausführlich zu zitieren, aber ich will den achten Punkt hervorheben. Den kann man sich richtig auf der Zunge zergehen lassen.

Wenn eine CDU-Fraktion einen Antrag einbringt, um sich selbst zu positionieren, gipfelt ein Antrag im Parlament in der Aussage: Wir fordern die Landesregierung auf, ein Reformkonzept mit klaren Zielen vorzulegen. –

Meine Damen und Herren, das ist die Verkehrung der Verantwortung der Opposition. Das ist Oppositionsarbeit für Amateure, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Politik verlangt aber von uns allen die Befähigung zur Entscheidung und den Mut zur Entscheidung, nicht nur Polemik und nicht nur Inszenierung.

(Klein, CDU: Das sagt der Richtige!)

„Inszenierung“ ist ein gutes Stichwort. Schauen wir uns doch einmal die Homepage der Landes-CDU an. Ganz

oft verirre ich mich nicht darauf, aber ich habe sie mir einmal angeschaut. Dort gibt es die Rubrik „Standpunkte“.

Als vielleicht ein wenig naiver Beobachter denkt man doch, dort stehen die klaren Positionen der rheinland-pfälzischen CDU untereinandergeschrieben, und man kann daraus tatsächlich ein Lernerlebnis für sich gewinnen.

Ich schaue mir also die Homepage an, und bei „Eigenen Standpunkten“ der rheinland-pfälzischen CDU komme ich doch wieder ganz schnell nur auf einen Punkt: Pressestimmen über die SPD und den Nürburgring-Prozess. – Meine Damen und Herren, das war so vorhersehbar, und trotzdem bin ich ein wenig enttäuscht, weil ich immer wieder die Neigung habe zu glauben, dass das, was Sie schildern, auch wirklich so gemeint ist, wenn Sie sagen, Sie sind jetzt in einer Aufstellung, wo Sie eigene Vorschläge bringen, liebe Frau Klöckner. Aber wenn man es einmal genau überprüft und genau hinschaut, ist es doch wieder ganz wenig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Bracht, CDU: Immer die gleiche Leier! –
Baldauf, CDU: Sie brauchen einen
neuen Redenschreiber!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen gar nicht absprechen, dass Sie hin und wieder auch konkrete Vorschläge machen. Ich möchte einen besonders hervorheben, der im Übrigen auch mit Ihrem Namen verbunden ist, Frau Kollegin Klöckner. Sie wollen die Gebührenfreiheit für die Kita-Plätze abschaffen. Schauen wir uns doch diesen Vorschlag einmal genau an. Sie wollen die Familien in unserem Land mit gut 80 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich belasten. Dabei scheuen Sie sich nicht, den Menschen auch Sand in die Augen zu streuen. Sie behaupten, diese 80 Millionen Euro ließen sich bei den sogenannten Besserverdienenden erbringen, wie auch immer man das definiert, aber das ist schließlich Ihr Begriff. Normalverdiener würden nicht zusätzlich belastet.

Das ist eine ziemlich dreiste Behauptung; denn wenn man sich die Rechnung einmal anschaut, kommen Sie überhaupt nur auf die 80 Millionen Euro, die Sie selbst als Ziel definiert haben, indem Sie die Durchschnittsbelastung pro Kind und pro Jahr auf 900 Euro festsetzen, und wenn auch viele von denjenigen bezahlen, von denen wir genau wissen, dass es richtig in die Haushaltskasse einschlagen wird. Meine Damen und Herren, das ist eine Art und Weise, Politik auf dem Rücken von Menschen zu machen,

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

und an dieser Stelle sage ich Ihnen, diese Klöckner-Steuer für die Kindergärten werden Sie nicht umsetzen können. Dafür werden wir sorgen, meine Damen und Herren. Es wird auch unsere Aufgabe sein, die Menschen im Land, die jungen Familien darüber zu informie-

ren, was Sie mit den Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz vorhaben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Licht, CDU: Lesen Sie einmal den Kommentar
in der Presse dazu! Den empfehle ich Ihnen!)

Es geht um die Zukunftschancen der Kleinsten im Land, und die wollen wir gewährleistet sehen. Darum bleibt für uns völlig klar, die Gebührenfreiheit in den Kindertagesstätten und im Bildungswesen insgesamt bleibt für uns ein klares Ziel, an dem wir festhalten werden. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich dagegen aussprechen mit einer solchen Belastung, dann haben wir doch einen Punkt, über den wir uns in Zukunft intensiv auseinandersetzen können. Darauf freue ich mich schon, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Zurufe der Abg. Bracht und Licht, CDU)

Rot-Grün regiert gut und erfolgreich. Gemeinsam haben wir bereits viel erreicht für die Menschen im Land.

(Zurufe von der CDU: Wo? Wo?)

Rot-Grün steht dafür, dass Rheinland-Pfalz ein Land für Chancen, und zwar Chancen für alle ist. Wir arbeiten gut zusammen, und dies Tag für Tag, damit Rheinland-Pfalz seine guten Positionen behält – einige habe ich bereits genannt – und damit es den Menschen im Land heute und auch in Zukunft gut gehen kann.

Wir können uns auf die Menschen auch verlassen, wir können die Menschen zu Partnern machen, und wir erleben dies tagtäglich. 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind freiwillig für unsere Gesellschaft engagiert. Das ist ein enormes Pfund, auf das wir zugreifen können und das uns auch stark macht in Rheinland-Pfalz. Sie sind über alle Altersgruppen hinweg engagiert in unterschiedlichen Bereichen wie Sport, Hilfs- und Rettungsdiensten, aber natürlich auch in generationenübergreifenden Projekten. Umwelt und Naturschutz spielt dabei genauso eine Rolle wie soziales, aber natürlich auch politisches Engagement im Ehrenamt. Dies ist die Grundlage unserer solidarischen Bürgergesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Vereine, die Wirtschaft und Gewerkschaften, die Kommunen und das Land möglichst zusammen an einem Strang ziehen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir die Bedingungen unserer solidarischen Bürgergesellschaft erhalten und an manchen Stellen auch erneuern. Wir müssen den Menschen neue Formen der Beteiligung ermöglichen. Sie verlangen das von uns, und sie wollen auch Antworten darauf erhalten. Die Enquete-Kommission dieses Landtages arbeitet auf der Zielgeraden. Die Landesregierung hat auf Initiative von Frau Ministerpräsidentin Dreyer weitere Schwerpunkte im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit gesetzt und die Ehrenamtskarte als weiteres Beispiel auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, wir stehen zu unserer Verantwortung für dieses Land. Natürlich reden wir das Land nicht schlecht. Warum sollten wir denn auch? Wir haben viel zu viel Respekt vor den Menschen, als dass wir es uns trauen würden, ihre Leistungen kaputtzureden. Das machen Sie, das ist Ihre Strategie. Meine Damen und Herren, aber an der Stelle möchte ich Ihnen sagen, ich glaube nicht, dass diese Saat wirklich aufgehen wird.

Wir haben in Rheinland-Pfalz starke Konzepte in vielen Themengebieten, und ich möchte einige nennen. Mit unserem Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ stellen wir sicher, dass Menschen heute und morgen und auch künftig auf eine gute Gesundheitsversorgung blicken können.

(Bracht, CDU: Das merkt man gar nicht!)

Mit der Initiative „Starke Kommunen, starkes Land“ unterstützt das Land aktiv neue Formen der kommunalen Zusammenarbeit, neue Formen der Bürgerbeteiligung. Auch diese Initiative von Herrn Minister Lewentz lebt vom bürgerschaftlichen Engagement der Menschen vor Ort.

Meine Damen und Herren, die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir die Menschen vor Ort mitnehmen. Frau Ministerin Lemke betont dies immer wieder und setzt in ihrem Ministerium die richtigen Schwerpunkte, damit die kommunale Energiewende – denn sie ist entscheidend – vorankommt und damit sich möglichst viele Menschen in ihrer Gemeinde für sauberen Strom einsetzen können. Die Wertschöpfung in der Region zu halten, das ist gelebte solidarische Bürgergesellschaft.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich zitiere Frau Kollegin Lemke:

„Die Energiewende ist und bleibt das Generationenprojekt für die Zukunft.“ – Ja, so ist es, und deshalb müssen wir alles dafür unternehmen, das Vertrauen in den Umbau der Energieversorgung bei Verbrauchern, in der Wirtschaft und bei den Unternehmen zu gewinnen und zu halten.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU –
Bracht, CDU: Und wann wollen Sie damit anfangen?)

Die Energiewende ist ein Projekt von uns allen, meine Damen und Herren, und dieser Aufgabe stellen wir uns gemeinsam, Rot und Grün. Diese Energiewende ist ein gemeinsames Projekt dieser Landesregierung, und darum wird sie auch weiterhin erfolgreich sein.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch auf den Weg gemacht, in der Jugendpolitik neue Akzente zu setzen. Ich bin Irene Alt sehr dankbar dafür, dass sie gerade dabei ist, alle relevanten Akteure aus der Ju-

gendhilfe bzw. aus der Jugendpolitik gemeinsam in Initiativen zu bringen und einzuladen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Malu Dreyer und Roger Lewentz haben in dieser Woche viele Initiativen im Land angetroffen, die sich mit der Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum beschäftigen. Viele Bürgerbusse werden ehrenamtlich organisiert und sichern die Mobilität vor allem älterer Menschen. Wir honorieren das, aber wir stützen und fördern es auch.

Meine Damen und Herren, wir haben den Nationalpark auf einen guten Weg gebracht. Dieses Projekt ist eng verbunden mit der Leistung von Ulrike Höfken.

Auf dem Landeselterntag konnte Frau Ahnen gerade in den letzten Tagen ihrer Amtszeit als Bildungsministerin noch einmal unseren Einsatz für gute Bildung von Anfang an beschreiben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Eine gute Unterrichtsversorgung, mehr Inklusion, kleinere Grundschulklassen – all dies sind die Punkte, die an dieser Stelle die Menschen jeden Tag aufs Neue positiv berühren. Inzwischen ist fast jede zweite Schule in Rheinland-Pfalz eine Ganztagschule, meine Damen und Herren. Das ist unser Weg für Rheinland-Pfalz, und das sind die Themen, die für die Menschen Ernsthaftigkeit und Relevanz haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte ein weiteres Thema nennen. Morgen findet die zentrale Demografietagung der Landesregierung statt. Sabine Bätzing-Lichtenthäler stellt dort mit unseren Partnern eine gemeinsame Erklärung vor, wie wir in Rheinland-Pfalz die Chancen des demografischen Wandels nutzen. Also auch in diesem Bereich besteht Gemeinsamkeit mit den Akteuren.

Meine Damen und Herren, Gemeinsamkeit zeichnet uns auch bei der Fachkräftestrategie aus. Ich weiß, dass Sie von der CDU nur zähneknirschend registriert haben, dass es der Landesregierung gelungen ist, mit den Gewerkschaften, mit Verbänden und auch mit den Wirtschaftskammern an einem Tisch konkrete Vereinbarungen zur Sicherung der Fachkräfteversorgung in Rheinland-Pfalz zu organisieren. Ja, meine Damen und Herren, das ist gelingende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, und das ist rot-grüne Politik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mir die Mühe gemacht, einige Themen für Sie aufzufächern, weil ich mir sicher bin, dass Sie ein Interesse daran haben, dass wir uns in Zukunft auch über Fragen unterhalten, die die Menschen vielleicht tatsächlich berühren und betreffen.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Punkt setzen, was die Zusammenarbeit zwischen

Rot und Grün angeht.

(Zuruf von der CDU: Bestens!)

Über die Themen selbst ist viel Nähe entstanden, eine gute Zusammenarbeit, Verlässlichkeit. Aber ich will Ihnen auch eines sagen: Regierungshandeln alleine wäre vielleicht nicht alles. Was uns in dieser Koalition auszeichnet, ist, dass wir immer wieder feststellen, auch manchmal in einer harten Debatte miteinander, dass wir, die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf vielen Themenfeldern mit demselben Wertekanon unterwegs sind. Meine Damen und Herren, das trägt. Das wird auch noch weit über 2016 hinaus tragen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich möchte nicht jemanden aus den Reihen des Landtages, sondern jemanden nennen, der Verantwortung für die rheinland-pfälzische CDU trägt, nämlich Ihren Generalsekretär. Er ist längst dabei, seine eigene Marke auf seine etwas besondere Art zu werden, haut er doch manchmal einen spannenden Satz heraus. Er war genauso überrumpelt. Das hat man ihm angemerkt. Dann ruft das Radio oder ein Redakteur an, und dann sagt man etwas, und dann steht es in der Zeitung. Aber es war so schön, was er zum Besten gegeben hat, der liebe Herr Schnieder.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wahrscheinlich hat er unfreiwillig etwas sehr Weises von sich gegeben.

(Zurufe von der CDU)

Das muss Ihnen jetzt gar nicht unangenehm sein. Ich zitiere doch jetzt einen von Ihnen. Bleiben Sie doch gelassen. Es ist doch einer von Ihnen. Ich zitiere aus der „Allgemeinen Zeitung“ vom 6. November 2014. Er hat vollmundig gesagt – ich zitiere –: „Für die SPD-geführte Landesregierung heißt es nun: Zurück in die Zukunft.“ –

(Dr. Weiland, CDU: Das ist eine präzise
Beschreibung! –
Heiterkeit bei der SPD)

Ich sage doch, da ist ihm etwas Weises herausgerutscht.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Ramsauer, SPD: Er hat den Film nicht gesehen! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Ich sagte doch, volle Anerkennung. Manchmal kommt er auf diese etwas linkische Art dann doch auf einen guten Punkt. Darum will ich Ihnen sagen: Ich finde den Satz gut. Er gefällt mir auch als Überschrift. Das ist genau das, was uns ausmacht. Wir kommen aus einer heftigen Woche, meine Damen und Herren, das möchte ich auch einmal sagen. Sie hat uns extrem stark auch emotional beschäftigt. Aber ich will Ihnen eines sagen: Das wird

die Woche sein, von der wir alle – Sie mit trauernder Stimme, wir mit innerer Zuversicht – sagen werden:

(Zuruf von der CDU: Wir machen's einfach!)

Ja, das war die Woche, in der die Weichen so gestellt wurden, dass wir zurück in die Zukunft, zurück zu alter Stärke und hin zu einer guten Zukunft für Rot-Grün kommen. Glückauf für dieses neue Team!

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Rot-Grün sollten sich lieber Sorgen
um unser Land machen!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im März 2011 haben die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer uns den Auftrag als GRÜNE gegeben, erstmals Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz zu übernehmen. Wir GRÜNE waren damals die eindeutigen Wahlsieger. Die CDU hat das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte unter Julia Klöckner bekommen. Gemeinsam mit der SPD regieren wir GRÜNE seitdem erstmals Rheinland-Pfalz.

Die Menschen sind zufrieden mit der Landesregierung; denn Rot-Grün regiert dieses Land, gestaltet den sozial-ökologischen Wandel verlässlich, gut, transparent und erfolgreich, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, ich bin wirklich enttäuscht, sehr enttäuscht, dass Sie, wenn Sie über die Situation in Rheinland-Pfalz sprechen, es nicht schaffen, auch nur ein Wort über die brennenden inhaltlichen Diskussionen und Fragestellungen zu verlieren, die die 4 Millionen Menschen in diesem Land jeden Tag umtreiben.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Ich glaube, es reicht nicht. Es ist Ihr gutes Recht, Dinge zu kritisieren. Ich bin der Letzte, der behauptet, dass man immer alles richtig macht. Aber das reicht nicht. Das Problem der CDU ist, dass sie nicht in der Lage ist, alternative Vorschläge und Konzepte zu präsentieren.

(Bracht, CDU: Sie sind nicht in der Lage,
diese wahrzunehmen!)

Sie sind nicht in der Lage, eine Alternative zu den drängenden Fragen dieser Zeit, die die Menschen jeden Tag bewegen, auf den Tisch zu legen. Es ist auch ein Aus-

druck von Oppositionsversagen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Oh je!)

Deswegen schützt Gott seit zwei Jahrzehnten Rheinland-Pfalz vor der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Bracht, CDU: Mit dieser Überheblichkeit
haben Sie unser Land ruiniert!)

Das sind doch die Themen, über die wir hier reden. Das sind die Themen, in denen wir in dieser Landesregierung sehr erfolgreich arbeiten.

(Bracht, CDU: Wo denn?)

Die CDU hat keine alternativen Konzepte. Es ist noch kein Konzept, immer nur dagegen zu sein. Frau Klöckner, gestatten Sie mir zu sagen: Das Einzige, was Sie konkret vorgeschlagen haben, war, dass in den Ministerien mehr Pressesprecher ausgetauscht werden sollen. Ansonsten kam wirklich gar nichts, nur heiße Luft.

(Bracht, CDU: Das ist doch Quatsch! –
Licht, CDU: Selbst den Satz haben Sie nicht
verstanden!)

Es kam nicht nichts zu den ernstesten Themen dieses Landes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir reden über die Energiewende. Wir reden über einen Systemwechsel in unserer Stromproduktion. Wir reden über verlässliche und ökologische Energiegewinnung und Energiepolitik. Die CDU hat kein Wort dazu verloren.

Ich erinnere mich, wir haben am Anfang dieser Legislaturperiode der Bundesregierung den Atomausstieg abgetrotzt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Da waren Sie dagegen. Die CDU Rheinland-Pfalz war gegen den Atomausstieg.

(Pörksen, SPD: Das ist die Wahrheit! –
Ramsauer, SPD: Das ist so!)

Wir bauen erneuerbare Energien in Rheinland-Pfalz aus. Wir sind da Spitze. Wir sind Spitze im Ausbau erneuerbarer Energien. Die CDU ist dagegen, wenn es darum geht, die erneuerbaren Energien auszubauen.

Wir haben in diesem Landtag ein Klimaschutzgesetz verabschiedet, weil es auch unsere Verantwortung gegenüber unserem Globus ist. Der Weltklimabericht hat es auch gezeigt. Es ist nicht nur eine ökologische Verantwortung, sondern es ist auch eine ökonomische Frage, wie wir unsere Wirtschaft klimatechnisch so aufstellen, dass der Ressourcenverbrauch und der Ressour-

cenhung nicht immer weitergehen. Das sind doch die Themen, über die wir aktuell sprechen. Die CDU ist gegen das Klimaschutzgesetz. Die CDU ist gegen den Klimaschutz oder hat nichts dazu zu sagen wie heute, wenn es um die politische Situation in diesem Land geht, meine Damen und Herren. Das ist Oppositionsversagen!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die Menschen in diesem Land wollen ein gutes Leben führen. Sie wollen ein gutes Leben in einer intakten Umwelt führen, viele Menschen übrigens nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Kinder, nicht nur für ihre eigenen – für die natürlich auch –, aber auch für die Kinder von anderen. Deshalb wollen sie ein gutes Leben in einer intakten Umwelt führen. Frau Klöckner, dazu haben Sie kein Wort gesagt.

Wir haben einen enormen Zuwachs beim Thema ökologische Landwirtschaft und ökologischer Weinbau. Jetzt können Sie sagen, das sagen die GRÜNEN schon immer. Aber es geht doch nicht nur darum. Es geht doch darum, dass immer mehr Eltern ihren Kindern zum Beispiel Biofleisch oder Produkte aus biologischem Anbau aus der Region geben wollen. Aus der Region bedeutet auch, die Wertschöpfung bleibt in der Region.

Deswegen bedeutet die ökologische regionale Produktion unserer Nahrungsmittel einen Standortfaktor für Rheinland-Pfalz, dass die Wertschöpfung, die dort erzeugt wird, hier bleibt. So bleibt die Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz. Gutes Essen, gute Ernährung und verantwortungsvolle ökologische Politik bleiben zusammen. Dazu gibt es kein Wort von der CDU. Wir arbeiten sehr erfolgreich genau auch an diesem Thema.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zurufe von der CDU)

Umwelt und Artenschutz: Wir haben in dieser Regierung darauf hingewiesen, dass das Bienensterben nicht irgendein Problem ist, sondern dass es die natürlichen Lebensgrundlagen auch von uns Menschen als erste Anzeichen infrage stellt. Das haben wir ganz nach vorne gestellt.

Wir sind gentechnikfreie Region in Rheinland-Pfalz geworden. Die CDU war immer für die Gentechnik. Aber mehr noch, wir machen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie einen ersten Nationalpark in Rheinland-Pfalz, sozusagen ein Sinnbild des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen mitten in unserem Land, im Hunsrück-Hochwald. Die CDU in Rheinland-Pfalz hat nichts Besseres zu tun, als gegen diesen Nationalpark zu sein, obwohl die CDU im Saarland klar dafür ist. Man kann in Reihen der CDU sogar noch vom Saarland lernen, meine Damen und Herren. Das ist bezeichnend.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zurufe der Abg. Bracht und Dr. Mittrücker, CDU)

Sie haben nichts vorzulegen in der drängenden Frage der erfolgreichen Zukunft unserer rheinland-pfälzischen

Wirtschaft. Sie haben doch völlig verschlafen, dass es heute um die Themen Effizienz und Nachhaltigkeit geht. Es geht in unserer Wirtschaft um die Themen Ressourcenschonung und Ressourcenschutz. Es gibt keinerlei Konzept von der CDU.

Die Green Economy in Rheinland-Pfalz ist so erfolgreich in ihren Zuwachsraten wie noch nie in der Geschichte unseres Bundeslandes. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir genau diese Zukunftsfelder im Bereich der Wirtschaft zusammenführen. Ökologie und Ökonomie sind längst kein Widerspruch mehr; denn was ökologisch richtig ist, das bringt unserer Wirtschaft Vorteile. Das merken wir an den starken Wirtschaftsdaten, die wir in Rheinland-Pfalz haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das sage ich auch, Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie es sich vorstellen, wie es mit unseren Familien in Rheinland-Pfalz weitergeht. Was ist Ihre Vorstellung von Familienpolitik?

(Pörksen, SPD: Lieber nicht!)

Wir sind das Familienland Nummer 1 in Rheinland-Pfalz. Wir haben die höchste Betreuungsquote beim Ausbau der Kinderbetreuung. Die CDU war lange dagegen und redet es jetzt schlecht oder blockiert es, indem sie ihre Kommunalen vorschickt, die lange blockieren, aber jetzt endlich eingesehen haben, es ist auch im Interesse der Kommunen, den Ausbau voranzutreiben. Das tun wir in dieser Regierung mit Nachdruck und haben deswegen das familienfreundlichste Angebot, was die Kinderbetreuung angeht. Wir werden da konsequent weitergehen. Wir lassen uns von Ihnen nicht aufhalten, Frau Klöckner.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben für Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule gesorgt. Da waren Sie auch dagegen.

Wir setzen Inklusion um. Wir meinen das ernst. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen in diesem Land die gleichen Chancen und die gleichen Rechte haben wie Menschen ohne Behinderungen. Deswegen haben wir konsequent das Wahlrecht für Eltern behinderter Kinder in unser Schulgesetz hineingeschrieben. Die CDU war dagegen. Die CDU ist gegen Inklusion. Da haben Sie nicht nur Konzeptlosigkeit, sondern da haben Sie auch ein Gerechtigkeitsproblem, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Ich verstehe, dass Sie jetzt nicht über alle Themen reden wollen, weil Ihnen klar ist, dass Sie das gar nicht können. Sie hätten doch wenigstens das Problem bzw. über das Thema reden müssen, das uns gerade aufgrund der weltpolitischen Situation umtreibt. Sie haben zum Thema Flüchtlinge nichts zu sagen. Wir haben die

Weichen für die humanste Flüchtlingspolitik in Deutschland gestellt.

(Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros und Frau Huth-Haage, CDU)

Wir wissen, dass das in diesem Land angesichts der dramatischen weltpolitischen Situation eine große Herausforderung ist.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Mit uns ist nicht zu machen, dass wir Standards der Humanität in diesem Land absenken. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Qualität bei der Aufnahme von Flüchtlingen und die Bemühungen um Integration und Willkommenskultur nicht darunter leiden.

Kämpfen Sie – Frau Klöckner, Sie sind doch auf Bundesebene unterwegs – mit uns zusammen, dass sich der Bund hier bewegt und unseren Kommunen finanziell mit unter die Arme greift, damit wir für die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ein gutes und neues Zuhause bieten können, ihnen die Hand ausstrecken können, dass wir gemeinsam stolz in Rheinland-Pfalz sein können, die humanste Flüchtlingspolitik in der Bundesrepublik zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Glauben Sie mir, niemand redet und diskutiert lieber über inhaltliche Auseinandersetzungen als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD –
Zuruf des Staatsministers Lewentz)

Frau Klöckner, Sie können gern einmal vorbeikommen, wenn wir in unserer Partei diskutieren, auch an der Basis mit den Leuten in der kommunalpolitischen Verantwortung oder mit vielen anderen. Es gibt auch Debatten und Diskussionen. Das hat uns drei Jahrzehnte geprägt.

(Licht, CDU: Die macht das, die Kollegen
sind erschrocken! –
Bracht, CDU: Soll sie kommen?)

Das hat uns gestärkt.

Frau Klöckner, glauben Sie mir, besser – das weiß ich, weil wir das auch innerhalb der Koalition tun – man ringt um den besten Weg, man ringt um die besten Inhalte, als dass man nach einer so dünnen Suppe wie Ihrer Rede lang applaudiert, in der inhaltlich wirklich gar nichts dahinter ist. Sie müssen noch ein Stück Diskussionskultur lernen. Das kann man nur, wenn man Konzepte vorlegt, an denen man sich inhaltlich messen lässt. Ich bin stolz darauf, dass in meiner Partei und in dieser Koalition inhaltlich über den richtigen Weg immer wieder gerungen und diskutiert wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Was ich allerdings finde, was gar nicht geht, ist, diese Substanzlosigkeit dadurch zu übertünchen versuchen, dass man mit Dreck gegen alles und jeden wettert und wirft. Ich glaube, man muss aufpassen, dass der Dreck, den man wirft, nicht an einem selbst hängen bleibt.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Als es darum ging, dass die CDU-Fraktion unbedingt den stellvertretenden Bürgerbeauftragten aus ihren Reihen stellen wollte – Frau Klöckner, jetzt hören Sie mir mal zu –,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

als es darum ging, dass der stellvertretende Bürgerbeauftragte ein CDU-Parteimitglied sein sollte, haben Sie alles dafür getan, dass es hierfür keine Ausschreibung gibt

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

und darauf gedrängt, dass die Ausschreibung aufgehoben wird. Ich würde aufpassen, wo ich mit Dreck werfe, sonst bleibt selbst noch etwas hängen, Frau Klöckner.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wenn man Verantwortung für ein Land übernimmt, dann gehört in einer Demokratie immer Beteiligung und Verantwortung dazu. Wir haben diese Verantwortung übernommen. Wir haben sie auch als GRÜNE für den Nürburgring übernommen. Wir haben die Fehler, die in der vergangenen Landesregierung beim Thema „Nürburgring 2009“ gemacht worden sind, nicht mit zu verantworten. Wir haben damals die Politik rund um den Nürburgring zu einer Zeit kritisiert, in der die GRÜNEN nicht im Parlament waren.

Aber die CDU war im Parlament und hat es damals nicht geschafft, die Dinge zu thematisieren. Schon damals war es bei der CDU ein Fall von Oppositionsversagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Aber wir haben die Situation verantwortungsvoll gestaltet. Wir haben beispielsweise mit dem Nürburgringschutzgesetz dafür gesorgt, dass der öffentliche Zugang zum Nürburgring gewahrt bleibt, und zwar unabhängig davon, wem der Nürburgring gehört.

(Pörksen, SPD: Gegen die CDU!)

– Gegen die CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben dafür gesorgt, dass der Steuerzahler nicht mehr die Formel-1-Rennen eines Multimilliardärs wie

Berni Ecclestone finanziert, gegen die Stimmen der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben auch dafür gesorgt, dass eine Rennstrecke mit Kirmes nicht mehr durch Steuergelder staatlich betrieben wird, und wir haben dafür gesorgt, dass es dafür ein rechtssicheres, EU-konformes, diskriminierungsfreies, wettbewerbsgerechtes Ausschreibungsverfahren gibt, gegen die Stimmen der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung die inhaltlichen Konsequenzen, die wir gemeinsam bereits gezogen haben, dass ein solcher Fehler wie am Nürburgring nie wieder passiert, dargestellt, und sie hat auch die Fehler eingeräumt, die unter ihrem Amtsvorgänger Kurt Beck gemacht worden sind.

Und wir werden auch aus den Beratungen über den Bericht des Landesrechnungshofs weitere Konsequenzen ziehen. Wir werden die entsprechenden Ergebnisse der Ausschussberatungen umsetzen, um weitere Bausteine hinzuzufügen, damit ein solcher Fehler nicht wieder geschehen kann und damit wir in Zukunft auch weiter wieder gut aufgestellt sind, was die Transparenz angeht, aber auch, was unsere Landesbeteiligung, unsere Verantwortung gegenüber dem Haushalt angeht.

Meine Damen und Herren, es ist das eine, Fehler zu machen. Es ist richtig, Fehler einzugestehen, aber es zeichnet diese Regierungskoalition und diese Landesregierung aus, auch Konsequenzen aus diesen Fehlern zu ziehen, damit in der Zukunft solche Fehler nicht wieder passieren. Dieser Verantwortung werden wir gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Das bedeutet, dass Aufsichtsräte gestärkt werden müssen. Das bedeutet, dass dieses Parlament auch als Haushaltsgesetzgeber gestärkt werden muss, wenn es um Dinge wie Kreditvergaben geht. Das bedeutet, dass wir beim Thema Beihilferecht noch stärker werden müssen, weil die Europäische Union damit immer mehr zu tun hat und auch mitzureden hat. Auch das haben wir doch alle gemeinsam in diesem Prozess gelernt. Wir sind auch offen für konstruktive – ich betone aber „konstruktive“ – Vorschläge aus den Reihen der CDU-Fraktion, wenn sie denn einmal kämen.

(Heiterkeit des Abg. Bracht, CDU)

Ich lade Sie zum Dialog ein, liebe Frau Klöckner.

(Bracht, CDU: Hören Sie einmal auf damit!)

Ich lade Sie zum Dialog über Inhalte ein, über sachliche Konsequenzen, weil – Frau Klöckner, das gilt für Sie, und das gilt für mich – wir sind doch als Personen im Prinzip nicht das Entscheidende, sondern das Entschei-

dende ist doch, dass wir eine verantwortungsvolle Politik machen, dass wir auch Dinge korrigieren, wenn wir neue Argumente und neue Entwicklungen haben, aber dass wir sagen können, wir gestalten unser Land, unsere Politik so, dass es für die, die nach uns kommen, besser ist als das, was vorher war. Das gilt auch bei einem Thema wie Haushalt, auch bei einem Thema wie Beteiligungen. Ja, das sind auch Lehren, die man aus dem Nürburgring ziehen kann.

Deswegen ermahne ich Sie, kommen Sie doch zur sachlichen Debatte zurück. Sorgen wir doch gemeinsam dafür, dass wir Dinge ergreifen. Der unabhängige Landesrechnungshof hat uns da Vorschläge gemacht. Auf denen sollten wir aufbauen, auf einer konstruktiven Diskussion. Dann haben wir wirklich etwas für Rheinland-Pfalz gemeinsam erreicht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist eben auch eine Art der neuen politischen Kultur, für die wir seit 2011 eintreten und stehen. Da geht es um Transparenz und um Beteiligung. Da geht es auch um Offenheit und einen ehrlichen Diskurs.

(Licht, CDU: Sie wissen gar nicht, wie das Wort geschrieben wird!)

Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind. Wir haben den Corporate Governance Kodex, also sozusagen, wie auch die Landesgesellschaften und die dort handelnden Personen arbeiten sollen. Wie schaffen wir es da, mehr Transparenz weiterzuentwickeln? Ich freue mich sehr, dass es so ist, dass in den allermeisten Landesgesellschaften und Landesbeteiligungen nun die Gehälter von Geschäftsführern und Aufsichtsräten veröffentlicht werden. Ich halte das auch für einen ganz großen Schritt der Transparenz, für den wir hier gesorgt haben. Wir werden auch in diesem Punkt weitere Schritte gehen. Aber wo wir bei der Transparenz sind, Frau Klöckner, Transparenz ist ein Wort, das Sie in Sachen Nürburgring immer einfordern. Sie haben gesagt, die CDU steht für solide Finanzen.

(Dr. Weiland, CDU: Ja!)

Welche Finanzen haben Sie denn da eigentlich gemeint, weil Sie die Einkünfte Ihrer Abgeordneten ja nicht transparent machen wollen?

(Dr. Weiland, CDU: Die sind ja transparent! Die stehen im Abgeordnetengesetz!)

Hat das auch etwas mit soliden Finanzen zu tun? Ich finde, es kann in der heutigen Zeit nicht sein, dass wir von Transparenz hier in diesem Parlament reden und dann als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht auch bereit sind, gegenüber den Wählerinnen und Wählern offenzulegen, was wir bekommen, von wem wir es bekommen und warum wir es bekommen. Wir haben da überhaupt nichts zu verbergen. Ich fordere mehr Transparenz. Wir GRÜNE haben immer mehr Transparenz gefordert. Rot-Grün steht für mehr Transparenz. Frau

Klöckner, ich fordere jetzt auch mehr Transparenz bei der CDU-Landtagsfraktion.

(Starker Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben einen Wählerauftrag bekommen, und wir werden 2016 vor die Wählerinnen und Wähler treten und uns mit unserer Bilanz dem Votum stellen. Diese Bilanz ist sehr, sehr gut. Wir gestalten den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz außergewöhnlich erfolgreich. Wir haben eine der dynamischsten Energiewenden Deutschlands. Wir haben eine humane Willkommenskultur in diesem Land etabliert, dass die Menschen zu uns kommen wollen und sie gern hierher kommen, weil sie hier aufgenommen werden.

Wir geben den jungen Menschen die besten Startchancen durch gebührenfreie Bildung, durch die kleinsten Klassen. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft, und wir schaffen Inklusion, die Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderung in unseren Schulen. Wir haben die Ganztagschulen weiter ausgebaut.

Wir sorgen auch für Mobilität im ländlichen Raum, beispielsweise durch die massive Ausweitung des Rheinland-Pfalz-Takts 2015.

Wir haben mit dem Nationalpark einen wirklich bundesweit beachteten Hotspot im Umwelt- und Artenschutz in Rheinland-Pfalz etabliert.

Wir machen eine regionale und ökologische Landwirtschaftspolitik, die eine gute Ernährung für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer dauerhaft sichert und die Wertschöpfung im Land hält.

Wir helfen den Menschen, die zu uns kommen, weil sie aufgrund der weltpolitischen Situation ihre Heimat verlassen müssen, und wir nehmen sie gern auf. Wir machen sie nicht zum Problem.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben dieser Tage den Start einer Friedensakademie erlebt, bei der Sie, liebe Frau Klöckner von der CDU, auch wieder dagegen waren. Sie waren gegen Friedensbildung. Ich glaube, wenn alle Bundesländer und alle Länder dieser Welt ein Stück weit mehr ihrer globalen Verantwortung, was Friedenssicherung, Friedenserhaltung und Konfliktprevention angeht, gerecht würden und es überall kleine Friedensakademien gäbe, dann hätten wir auch weniger Kriege und Konflikte. Dann würden die Menschen, die zu uns kommen, vielleicht doch lieber in ihrer Heimat bei ihren Familien bleiben, dort, wo sie gern gelebt haben, bevor diese Kriege ausgebrochen sind. Deswegen ist auch die Friedensakademie ein kleiner Beitrag in unserer globalen Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Rheinland-Pfalz ist bunter geworden. Wir haben mit „Rheinland-Pfalz unter dem Regenbogen“ eine akzeptie-

rende diskriminierungsfreie Politik hier installiert. Das ist keine Schönwetterkoalition. Wir leben unter den Bedingungen der Schuldenbremse. Wir haben eine ganz große Herausforderung bei der Konsolidierung unseres Landeshaushalts angenommen.

Wir sind da auf einem hervorragenden Weg. Wir werden die Schuldenbremse ohne Wenn und Aber einhalten, aber eben auch so investieren, dass es in Zukunftsthemen wie Kinder, Schule, Energiewende, Klimaschutz und vieles mehr geht, in die Zukunft investieren, aber eben auch den Haushalt sanieren, weil das eine Zukunftsinvestition an sich ist. Unsere Kinder sollen noch Gestaltungsspielräume haben. Deswegen haben wir eben auch die Trendwende geschafft hin zu einem ausgeglichenen Haushalt in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Die Bilanz, die wir in dieser Landesregierung vorzuweisen haben, ist sehr gut. Wir haben aber auch noch einiges vor uns.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wir gehen jetzt das Transparenzgesetz an. Es ist das erste Transparenzgesetz in Deutschland in einem Flächenland, bei dem es eben darum geht, dass wir das, was wir einfordern, in ein Gesetz gießen, dass nämlich Verwaltungs- und Regierungshandeln grundsätzlich den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich zu machen ist und der Bürger nicht mehr Bittsteller ist, um Informationen zu erhalten. Das wird ein Vorzeigeprojekt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auch da sind Sie eingeladen mitzumachen.

Wir wollen die Beteiligungsrechte der Menschen, was die direkte Demokratie angeht, die Bürgerbeteiligung, weiter ausbauen. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung“ werden uns anleiten, hier weiter zu handeln, mehr Beteiligungsrechte auf Landesebene und mehr Beteiligungsrechte auf kommunaler Ebene.

Wir haben uns in unserer Fraktion schon sehr intensiv mit den Vorschlägen befasst. Ich weiß, die Kollegen von der SPD-Fraktion haben sich auch schon intensiv mit dem Vorhaben befasst. Liebe Frau Klöckner, befassen Sie sich in Ihrer CDU doch auch einmal mit konstruktiven Vorschlägen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und auf Landesebene noch besser beteiligen können. Das wäre auch aus den Reihen der CDU ein Beitrag gegen Politikverdrossenheit

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

und zur zukunftsfähigen demokratischen Gestaltung von Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Es geht weiter beim Klimaschutz. Auf der Basis des Klimaschutzgesetzes wird jetzt ein Klimaschutzkonzept mit allen beteiligten Akteuren – Umweltverbände, Ge-

werkschaften, Unternehmen, Kammern, Architekten usw. – aufgestellt.

Es geht weiter beim Thema Umweltschutz. Das Landesgesetz über den Nationalpark befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Nächstes Jahr soll er dann eröffnet werden.

Wir reden über die Biodiversitätsstrategie des Landes und die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes.

Wir reden über das zentrale Thema der Fachkräftestrategie dieser Landesregierung, in der es eben darum geht zu sagen, es ist eine gute Bildung, es ist eine gute Ausbildung erforderlich. Es geht auch um die Frage der Gleichwertigkeit der Abschlüsse. In der Wertigkeit ist es eben vollkommen egal, ob jemand als Akademiker einen Hochschulabschluss hat oder in der dualen Ausbildung einen beruflichen Abschluss gemacht hat.

Wir brauchen alle Menschen, alle, die sich nach ihren Talenten einbringen wollen. Deswegen sollen sie eine gute Bildung, eine gute Ausbildung bekommen, und zwar alle Menschen; dies gebührenfrei und immer durchlässig nach allen Seiten. Das ist das, was sozial gerecht ist, was zukunftsorientiert ist. Das ist aber auch wirtschaftlich für die Zukunft unseres Landes geboten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, wenn es um Inhalte geht, hören Sie nicht mehr weiter zu.

(Frau Klöckner, CDU: Ja, wenn es welche gibt, gerne! –
Ramsauer, SPD: Die muss Pressemeldungen
machen! –
Unruhe im Hause)

Ich habe jetzt viele, aber mit Sicherheit noch nicht alle Themen, die dieses Land bewegen, angesprochen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Hendrik Hering für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Alexander Schweitzer. Herzlichen Glückwunsch heute zur Wahl zum SPD-Fraktionsvorsitzenden! Ich glaube, wir werden die Zusammenarbeit erfolgreich und vertrauensvoll fortführen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich möchte mich auch im Namen meiner Fraktion bei Carsten Kühl, Jochen Hartloff und Margit Conrad für die gute Zusammenarbeit im Parlament, in den Ausschüssen, aber auch in der Kabinettsarbeit bedanken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den neuen Ministerinnen und dem neuen Minister. Herzlich willkommen in unserer Landesregierung! Lassen Sie uns ge-

meinsam den sozial-ökologischen Wandel für die Menschen in Rheinland-Pfalz gestalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ja, ich muss es doch sagen: Das weiblichste Kabinett Deutschlands ist noch weiblicher geworden. Ich finde das gut.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Vereinzelte Heiterkeit im Hause)

Nichts gegen die Männer im Kabinett, aber glauben Sie mir als GRÜNER, wir haben eine 100 %-Frauenquote im Kabinett. Die drei Ministerinnen – Eveline Lemke, Ulrike Höfken und Irene Alt – machen wirklich eine ganz, ganz, ganz hervorragende Arbeit. Das ist nicht eine Frage des Geschlechts, sondern der Überzeugung, des Engagements und der Werte. Die Regierung ist super aufgestellt. Deswegen wird es auch erfolgreich weitergehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich habe es gesagt, Rot-Grün hat eine sehr gute Bilanz seit 2011 vorzuweisen. Wir haben Rheinland-Pfalz sozialer und ökologischer gemacht. Wir haben aber auch noch viel, was wir weiterentwickeln wollen. Deswegen bleiben wir da auf Kurs. Wir wollen den sozial-ökologischen Wandel weiter gestalten. Wir wollen das Land nicht nur für das Heute, sondern auch für das Morgen und Übermorgen gestalten. Wir sind dafür, dass dieses Land weltoffen bleibt, die Menschen hier gerne wohnen und arbeiten und die Menschen auch gerne zu uns kommen.

Wir haben die großen Zukunftsaufgaben der Energiewende als Generationenprojekt. Wir haben die große Zukunftsaufgabe, dass wir den guten und gesunden Lebensstandard unserer Menschen mit einer intakten Umwelt und mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringen. Wir haben eben auch

die Verantwortung im Bereich von Ernährung und Verbraucherschutz, dass die Menschen wissen, was sie jeden Morgen auf dem Teller haben, wenn sie es morgens aus dem Kühlschrank holen.

Wir haben die Verantwortung, Rheinland-Pfalz weiter auszubauen, es vom Familienland Nummer 1 zum Familienland Nummer 1 a zu machen, dass die Kinder hier die besten Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten gebührenfrei von Anfang an bekommen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Deshalb haben wir die Weichen richtig gestellt, aber für die Zukunft auch noch viel vor. Rheinland-Pfalz hat aufgrund des Engagements der Menschen, die in diesem Land wohnen und arbeiten, die hier leben und sich einbringen, aber eben auch aufgrund einer sehr guten und starken Regierungsarbeit die besten Voraussetzungen für die Zukunft.

Daher werden wir 2016 mit dieser Bilanz vor die Wählerinnen und Wähler treten und sagen: Wir GRÜNE haben 2011 Verantwortung übernommen. Wir gestalten gemeinsam mit der SPD erfolgreich den sozial-ökologischen Wandel. Wir werden dafür werben, dass dieses Land auch weiter gut, ökologisch, sozial und zukunftsfähig bis 2016 regiert wird. Wir treten noch lange darüber hinaus an.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Köbler. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung angelangt. Ich darf Sie für Mittwoch, den 19. November 2014, zur nächsten Plenarsitzung einladen.

Ende der Sitzung: 17:19 Uhr.